Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau

Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 8,75 Zł., monatlich 3 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 2,75 Zł. Bei Postbezug vierteljährlich 9,83 Zł., monatl. 3,11 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 5 Zł., Danzig 3 Gulden. Deutschland 2,5 Rentenmark. — Einzelnummer 20 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 534 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 20 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 100 Grosch. Danzig 20 bz. 100 Dz. Pf. Deutschland 20 bzw. 100 Goldpfg., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 50 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postscheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157

Nr. 19. Bromberg, Sonnabend den 24. Januar 1925. 49. Jahrg.

Der polnisch-Danziger Konflikt.

Fortsetzung der Debatte im Danziger Volkstag.

Danzig, 23. Januar. PAT. In der Fortsetzung der Debatte über die Senatserklärung im Volkstag ergriff als erster das Wort der Vorsitzende des polnischen Klubs, Abg. Dr. Moczynski. Einleitend wies der Redner darauf hin, daß sich der Entfernung und Beschädigung der polnischen Briefkästen Senatsbeamte schuldig gemacht hätten unter stillschweigender Mitwirkung von Polizeibeamten. Diese Worte riefen unter den Deutschnationalen und den Mitgliedern des Senats einen großen Lärm hervor. Der Senat mit dem Präsidenten Dr. Sahm an der Spitze sowie die deutschnationalen Abgeordneten zeihten den Redner der Lüge. Abg. Dr. Moczynski erklärte, daß der polnische Generalkommissar in Danzig dem Senat schon längst die Namen der Personen mitgeteilt hätte, die auf frischer Tat bei der Beschädigung der polnischen Briefkästen angetroffen wurden. Trotzdem habe der Danziger Senat seinerseits keine Schritte unternommen, um die Lage zu mildern, er habe im Gegenteil eine Verschärfung des Konflikts herbeigeführt. Erst später, jedoch nicht aus eigener Initiative, sondern auf den Druck von seiten des Völkerbundkommissars hin habe er dem Vertreter der Republik Polen sein Bedauern aus Anlaß dieses Zwischenfalls ausgesprochen. Der grobe Unfug an den polnischen Briefkästen habe in der Erklärung des Präsidenten Dr. Sahm auch nicht ein Wort der Beurteilung gefunden. Da die Frage der polnischen Post sowohl in der Danziger Presse als auch im Senat in bezug auf die rechtlichen Grundlagen nur oberflächlich gestreift worden sei, so sehe er, der Redner, sich veranlaßt, den rechtlichen Standpunkt Polens in dieser Angelegenheit zu begründen.

In Beantwortung der Ausführungen der einzelnen Redner und besonders Dr. Moczynskis gab der Senatspräsident Dr. Sahm eine kurze Erklärung ab, in der er u. a. hervorhob, daß er in seiner Deklaration, die er vor Beginn der Beratungen über das Senatsbudget abgegeben hat, absichtlich der Verurteilung der Beteiligten an dem Zwischenfall nicht Ausdruck gegeben hat, da bis jetzt nicht festgestellt wurde, ob diese Tat auf das Konto Danziger Bürger zu schreiben ist. Im weiteren Verlauf erklärte Dr. Sahm, daß die Abbitteleistung an die Adresse der polnischen Regierung für diesen Zwischenfall nur aus dem Grunde erfolgt sei, daß dieser Zwischenfall auf Danziger Gebiet vor sich gegangen ist. Der Redner schloß: Das Warschauer Abkommen kann in der Frage der Post nicht angezogen werden, da der Spruch des Völkerbundkommissars, auf den sich Danzig beruft, später gefällt wurde.

Zuruf des Abg. Dr. Panecki: „Nach Ihrer Ansicht ist das Warschauer Abkommen aufgehoben!" Hieraut Dr. Sahm: „Nein, keinesfalls aber durch uns!")

*

Polen und die Danziger Messe.

Die Direktion der Danziger Messe hat auf ihr Ansuchen, Ausstellungsgut vom Einfuhrzoll zu befreien, sowie auf die Anfrage, wieviel Geld Messebesucher aus Polen nach Danzig während der Messe mitbringen können, von der polnischen Regierung bisher keine Antwort erhalten. Wie polnische Blätter aus Warschau berichten, wird Polen beide Anfragen unbeantwortet lassen.

*

Eine Resolution des nationalen Volksverbandes.

Polens Rechte in Danzig.

Der Nationale Volksverband, die Christlich-Nationalen, die Christliche Demokratie, die Piastenpartei und die Nationale Arbeiterpartei haben in der Danziger Frage folgenden Dringlichkeitsantrag im Sejm eingebracht: 1. Angesichts des Danziger Anschlags auf die der polnischen Republik im Versailler Vertrage Art. 104, Abs. 3, in der Pariser Konvention Art. 29 und im Warschauer Vertrag Art. 149 bis 168 zuerkannten Rechte im Bereich der Einrichtung und einschränkungslosen Ausübung des Post-, Telegraphen- und Telephondienstes zwischen Polen und dem Danziger Hafen, sowie über den Danziger Hafen mit dem Auslande, fordert der Sejm die Regierung auf, in ganzer Ausdehnung alle Rechte, die Polen auf diesem Gebiete zuerkannt wurden, ins Leben zu stellen, mit der Übernahme allen Polen zustehenden Besitzes, wie z. B. des siebenarmigen Kabels, sowie der neun telegraphischen und sechs telephonischen Leitungen im Sinne der Bestimmungen der interalliierten Kommission für die Besitzverteilung, bestätigt durch den Botschafterrat am 5. April 1922, sowie auch eines Hektars Grund und Boden für den Bau einer Radiostation auf der Westerplatte, die Polen ebenfalls endgültig zugesprochen wurde, was alles von der Freistadt Danzig unter krasser Vergewaltigung der endgültigen und verpflichtenden Bestimmungen bisher noch nicht herausgegeben wurde.

2. Da die Einverleibung der Freistadt Danzig in das polnische Zollgebiet, die im Versailler Vertrage Art. 109 Abs. 1 bestimmt wurde, zum großen Schaden für den polnischen Staat durch das Verhalten von Zollbeamten, die persönlich und disziplinarisch dem Senat der Freistadt Danzig unterstehen, vereitelt oder erschwert wird, fordert der Sejm die Regierung auf, die volle Gewalt der polnischen Republik im Zollbereich zu sichern und bis zur Herbeiführung einer solchen Sachlage die Verzollung von Waren in Danzig auf ein Minimum zu beschränken und den Warenverkehr unter Übergehung Danzigs auf andere Wege und Zollämter zu leiten.

3. Da der Versailler Vertrag dem Hohen Kommissar in Art. 103 einzig und allein das Recht zuspricht, in Streitangelegenheiten zwischen Polen und der Freistadt Danzig mit Appellationsmöglichkeit in erster Instanz zu entscheiden, der Hohe Kommissar aber in seinen Entscheidungen, wie z. B. in der Entscheidung vom 7. November 1924, die eine willkürliche Auffassung und Bezeichnung des angeblichen Danziger Staates einführt, nach einer Änderung der Rechtslage strebt, sich bemüht, in das Gebiet direkter Maßnahmen einzutreten, die die Rechtsprechung erster Instanz überschreite und zu diesem Zwecke unstatthaften Druck ausübt auf den polnischen Generalkommissar durch Drohung mit unberechtigten Maßnahmen, die das Recht und das Gut des polnischen Staates antasten, wie z. B. die Vernichtung polnischer Posteinrichtungen, fordert der Sejm die Regierung auf, die zuständigen Schritte zu unternehmen, um das Wirken des Hohen Kommissars in genauen Rechtsgrenzen zu sichern.

4. Da die Freistadt Danzig, indem sie jetzt wider den ausdrücklichen Wortlaut des Versailler Vertrages eine ganz willkürliche Auffassung des Danziger Staates und der Danziger Souveränität vorbringt, sich auch auf allen Gebieten bemüht, das Polen im Versailler Vertrage zuerkannte Staatsrecht in Danzig zu beseitigen, fordert der Sejm die Regierung auf, Schritte zu unternehmen zur Herbeiführung der zuständigen Sachlage in der Gesamtheit der polnischen Angelegenheiten in Danzig und damit zur tatsächlichen Sicherstellung des Zugangs Polens zum Meere."

Die polnischen Sejmparteien gegen Danzig.

OE. Warschau, 22. Januar. In mehreren Sejmparteien herrscht die Meinung, daß die internationale Konjunktur gegenwärtig für eine Erweiterung der Grundlage des Streites mit Danzig günstig sei. Es sind daher im Sejm mehrere dringliche Anträge eingebracht worden und man erwartet, daß die Regierung in der Plenarversammlung ihre Stellungnahme bekanntgeben wird. Der Rechtsblock fordert die Ablenkung des polnischen Außenhandels von Danzig und weitgehendste Einschränkung der von Danzig aus der Warenverzollung bezogenen Beträge, ferner die Abweisung der Ansprüche Danzigs auf staatliche Souveränität, sowie einen Protest gegen das Vorgehen des Völkerbundkommissars. Ein dringlicher Antrag der Wyzwolenie verlangt Einschränkung der Rechtsgültigkeit der Danzig-polnischen Konvention von 1920. Dagegen will der Antrag der Sozialisten festgestellt wissen, daß sowohl Polen als auch Danzig unbedingt eine friedliche Verständigung anstreben müßten.

Vertrauensvotum für das Kabinett Dr. Luther.

Annahme des Wiener deutsch-polnischen Abkommens.

Berlin, 23. Januar. PAT. In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde die Diskussion über die Regierungserklärung fortgesetzt. Der sozialdemokratische Abg. Müller betonte, die Sozialdemokraten seien bereit, mit der gegenwärtigen Rechtsregierung in einer ganzen Reihe von Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens zusammenzuarbeiten. Ein deutschnationaler Abgeordneter wies die Behauptung zurück, als ob die evangelische Geistlichkeit in den Kirchen eine politische Agitation und eine Agitation gegen die katholische Kirche führe. Der Redner trat dafür ein, daß sich das ganze Volk ohne Rücksicht auf das Bekenntnis und den Glauben einige, da es nicht an der Zeit sei, den „Kulturkampf" wieder aufleben zu lassen, den augenscheinlich die Sozialdemokraten anstreben. Der Abg. von Kardorff (Deutsche Volkspartei) sprach sich ebenfalls für die Glaubensfreiheit aus. Das Wort ergriff hierauf Abg. Haß (Demokrat), der betonte, daß sich das gegenwärtige Kabinett lediglich auf die Deutsche Volkspartei stütze, da die Deutschnationalen und das Zentrum ihm gegenüber große Vorbehalte gemacht hätten. Im Namen seiner Partei erklärte der Redner, daß sie zum Kabinett Luther kein Vertrauen habe, nichtsdestoweniger jedoch die Wirtschaftspolitik der Regierung vollständig unterstützen werde, sofern diese Politik von der in der Regierungserklärung gezeichneten Linie nicht abweichen werde.

Im Anschluß hieran schritt man zur Abstimmung über den Antrag, der Regierung das Vertrauensvotum auszusprechen. Der Antrag wurde mit 246 : 160 Stimmen angenommen. Der Abstimmung enthielten sich 39 Abgeordnete. Gegen den Antrag stimmten die Sozialdemokraten, die Kommunisten und ein Teil des Zentrums, der unter der Bezeichnung „Gruppe Wirth" auftrat. Der Abstimmung enthielten sich die Demokraten und die Hitlerschen Anhänger.

Zur Beratung gelangte hierauf das in Wien am 30. August 1924 unterzeichnete deutsch-polnische Abkommen über das Staatsbürgerrecht und die Option. Der Regierungsentwurf über die Ratifizierung des Abkommens gelangte in erster und zweiter Lesung zur Annahme.

Eine interessante Anfrage der Deutschen Volkspartei.

Eine kleine Anfrage der Deutschen Volkspartei im Reichstag nimmt auf ein in der Presse veröffentlichtes Schreiben des Ministerialrats Abegg an die Regierungspräsidenten in Osnabrück, Münster und Düsseldorf Bezug, das folgenden Wortlaut hat:

„Die Familie des der holländischen Gesandtschaft angehörigen (!) Herrn Barmat, bestehend aus vier Erwachsenen und drei Kindern, reist von Rußland über deutsches Gebiet nach Holland. In der Voraussetzung, daß die betreffenden Personen sich im Besitze ordnungsmäßiger Ausweispapiere befinden, stehen ihrer Reise durch Preußen keine Bedenken entgegen. Ich ersuche ergebenst, die Grenzübergangsstellen gefälligst sofort zu verständigen und dafür zu sorgen, daß der Familie unter der bezeichneten Voraussetzung beim Grenzübertritt keine Schwierigkeiten bereitet werden. Im Auftrag gezeichnet Abegg."

Die Interpellanten fragen an:

1. Ist die vorstehende Verfügung ergangen?
2. Wer hat den Ministerialdirektor Abegg gebeten, so weitgehende Fürsorge für die Barmats zu üben?
3. Wer hat der Wahrheit zuwider Herrn Barmat als zur holländischen Gesandtschaft gehörig bezeichnet?
4. Hat das Ministerium des Innern die in dieser Beziehung vorgebrachten Behauptungen nachgeprüft, oder weshalb konnte die Nachprüfung unterbleiben?
5. Weshalb mußten um der Familie Barmat willen drei Regierungspräsidenten und alle für den Übergang nach Holland in Betracht kommenden Grenzübergangsstellen in Bewegung gebracht werden?

Der Złoty (Gulden) am 23. Januar

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags).

Danzig:	1 Dollar	—	5,21	Gulden
	100 Złoty	—	101	Gulden
Warschau:	1 Dollar	—	5,20	Złoty
	1 Danz. Gulden .	—	0,99	Złoty
1 Reichsmark	. .	—	1,23½–1,24½	Złoty

Japan erkennt die Sowjetregierung an.

Rußland erhält Sachalin.

Paris, 21. Januar. „New York Herald" meldet aus Peking, daß Rußland von Japan auf Grund eines Vertrages anerkannt werden würde, der in vierzehn Tagen zu ratifizieren sei. Von diesem Zeitpunkt an würden auch die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen. Gleichzeitig werde der Text der Anerkennung in Peking und Tokio veröffentlicht werden. Die japanischen Forderungen in der Frage der Schiffahrtsrechte sollen auf einer besonderen Konferenz behandelt werden. Nach den Bestimmungen des Vertrages fallen sämtliche Abmachungen, die zwischen Japan und Rußland getroffen wurden, fort, ausgenommen der Vertrag von Portsmouth, der gegen Ausgang des russisch-japanischen Krieges unterzeichnet wurde. Allerdings lehnt Rußland jede Verantwortung für seine Einhaltung ab. Die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen wird Gegenstand besonderer Besprechungen sein. Japan wird Sachalin zu Beginn des Frühjahrs an Rußland abtreten, aber gewisse Konzessionen für die Kohlengruben und Petroleumfelder erhalten. Die beiden Länder kamen ferner überein, sich jeglicher Propaganda enthalten zu wollen und verpflichteten sich, mit einem dritten Staat keinen Vertrag abzuschließen, der die gegenseitigen Interessen irgendwie beeinträchtigen könne.

Die Zukunft der baltischen Randstaaten.

OE. Riga, 22. Januar. Als ein Mißton in der während der Helsingforser Konferenz obwaltenden Harmonie wird in Lettland ein Artikel des finnischen Blattes „Suomen Sozialdemokrati" empfunden, der in einer Betrachtung über die Bedeutung der Konferenz nochmals den Gedanken eines Bündnisses zwischen Finnland und den Staaten Estland und Lettland zurückweist, da „die Selbständigkeit Finnlands in Rußland als vollendete Tatsache gelte", während die „Rückkehr der baltischen Randstaaten zur Einheit mit Rußland" in weiten russischen politischen Kreisen als unausbleiblich angesehen werde. Finnland habe daher keinen Grund, sich durch ein Bündnis zu binden und die Gefahr einer Verwickelung in künftige russisch-randstaatliche Auseinandersetzungen auf sich zu nehmen. Im Organ der lettländischen Deutschen, der „Rigaischen Rundschau", nimmt der deutschbaltische Politiker Schiemann den finnischen Artikel zum Anlaß einer programmatischen Erklärung: einen Unterschied in der Art der Unabhängigkeit der von Rußland losgetrennten ehemaligen Provinzen und heutigen Republiken gäbe es nicht; es bestehe zwischen ihnen eine „Schicksalsgemeinschaft; daß Finnland oder Polen größer und reicher an Machtmitteln seien, ändere nichts an der Tatsache, daß alle von Rußland unabhängig gewordenen Staaten „der westlichen Kulturgemeinschaft angehören" und mit dem gleichen Recht auf Unabhängigkeit von Rußland bestehen können.

Wie in Polen Minister gemacht werden.

Die „Gazeta Bydgoska" bringt in einem Eigenbericht aus Warschau nachstehende Meldung unterm 21. d. M.:

In politischen Kreisen entstehen Schwierigkeiten, welche durch das Verhältnis der NPR. zur Regierung und umgekehrt hervorgerufen werden.

Während der letzten Kabinettskrise soll der Ministerpräsident Grabski gewisse Verpflichtungen der NPR. gegenüber eingegangen sein. Insbesondere hat er die Ernennung des Arbeitsinspektors in Thorn, Zapała, zum Vizeminister forciert. Diese Kandidatur fiel und gegenwärtig ist nur ein Kandidat vorhanden, ebenfalls ein NPR.-Mann, Jankowski. Seinerzeit hat die NPR. der Regierung Schwierigkeiten bereitet, ja sogar mit einer entschiedenen Opposition gedroht. Daraufhin verpflichtete sich die Regierung, Herrn Zapała zum Wojewoden zu ernennen. Demzufolge hat der Innenminister Rataiski den Stanislauer Wojewoden Jurystowski zu sich berufen und ihm nahegelegt, um seine Entlassung nachzusuchen. Für diesen Posten ist nun Zapała ausersehen.

Heute findet eine Sitzung des Ministerrates statt, auf welcher die Ernennung des Zapała zum Wojewoden von Stanislau besprochen werden soll. Die Anwartschaft Zapałas, welcher keinerlei Qualifikation besitzt, hat bei der Polnischen Volkspartei große Bedenken hervorgerufen.

In einem weiteren telegraphischen Eigenbericht aus Thorn vom gleichen Tage läßt sich die „Gazeta Bydgoska" berichten, daß Zapała telegraphisch nach Warschau zum Innenminister berufen wurde.

*

Wir überlassen die Verantwortung für die Richtigkeit dieser Schilderung der „Gazeta Bydgoska“. Eine eventuelle Ernennung kann ja die Bestätigung bringen. Der Posten des Wojewoden in Stanislau ist ein überaus schwieriger; er erfordert viel Erfahrung, Umsicht und Takt, denn der überwiegende Teil der Bevölkerung dieser Wojewodschaft sind Ukrainer. Auch die Juden und Deutschen bilden einen nennenswerten Teil. Wenn ein polnisches Blatt, wenn es auch vielleicht einem anderen politischen Lager angehört, Bedenken gegen diese Ernennung äußert, so muß man sie unzweifelhaft als im Interesse unseres Staates geäußerte ansehen und kann derartige Vorfälle nur mit Besorgnis betrachten.

Die „Vetternwirtschaft“ des verabschiedeten polnischen Justizministers.

Wie der „Robotnik“ erfährt, ernannte Herr Wyganowski in den letzten Tagen seiner Amtstätigkeit als Justizminister zwei seiner Kusins zu Notaren, obwohl sie hierzu nicht die genügende Qualifikation nachweisen konnten. Dagegen überging Wyganowski Kandidaten, deren sachliche Qualifikationen ausgezeichnet waren und die seit Jahren auf ihre Ernennung harrten. Herr Wyganowski vergaß auch nicht von den Verwandten seiner Gattin und berief einige von ihnen zu Friedensrichtern, obwohl sie nach den geltenden Gesetzen zur Übernahme solcher Ämter nicht berechtigt waren. Diese Vetternwirtschaft des gewesenen Justizministers hat in Richterkreisen große Erbitterung hervorgerufen. Herr Wyganowski soll nunmehr als Richter dem Obersten Verwaltungsgerichtshof zugeteilt werden, der bekanntlich die Gesetzmäßigkeit der Anordnungen der Zivilbehörden und der Minister überwacht. Wäre dies — so fragt das zitierte Blatt — nicht eine Ärgernis erregende Erscheinung, wenn dem früheren Minister, dem die öffentliche Meinung ganz offen Nepotismus (Vetternwirtschaft) nachspricht, so ehren- und verantwortungsvolle richterliche Funktionen übertragen würden?

Das Gesetz über die Militäreinquartierung.

З Warschau, 22. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Senatskommission zur Prüfung des Gesetzentwurfs über die Militäreinquartierung hat in ihrer gestrigen Sitzung die Grundlage angenommen, nach der Requisitionen von Privatwohnungen für vorübergehende Quartiere vorgenommen werden können. Der normale Termin der Einquartierungen darf nicht länger als drei Monate umfassen. Im Falle von Veränderungen in der ständigen Dislokation des Militärs, oder im Falle der Schaffung neuer Militärabteilungen verlängert sich dieser Termin bis zu sechs Monaten. Er kann sogar bis zu einem Jahre verlängert werden, wenn es sich um vollständige Veränderung der bisherigen Dislokation des Militärs handelt, es muß dann jedoch ein spezieller Beschluß des Ministerrats erfolgen, durch den die Örtlichkeiten genau aufgezeichnet werden, in denen die Verlängerung der Requisitionen zugelassen ist. Wohnungen, die bereits requiriert waren, sind von einer neuen Requisition und von der Einquartierungssteuer befreit. Es wurden alsdann verschiedene Sicherheitsmaßnahmen beschlossen, kraft derer die Möglichkeit besteht, sich von der Einquartierung zu befreien, wenn unrechtmäßiges Verhalten vorliegt.

Um die Militärinvaliden aus der Vorkriegszeit.

З Warschau, 22. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Kommission für öffentliche Fürsorge beschäftigte sich gestern und heute mit einem Antrag der Nationalen Arbeiterpartei, worin vorgeschlagen wird, daß den Militärinvaliden der Teilungsmächte aus der Zeit vor dem Weltkriege vom polnischen Staate die Renten weitergezahlt werden, und zwar entsprechend der Höhe derjenigen Renten, die bei den polnischen Militärinvaliden zur Anwendung kommen. Der Antrag wurde jedoch von den anderen Kommissionsmitgliedern zunächst nicht unterstützt. Es wurde gesagt, daß der Staat weit größere Pflichten gegenüber den Invaliden hat, die um die Freiheit Polens gekämpft haben. Diesen Invaliden müsse der Staat bereits sehr große Summen auszahlen. Im Budget für das Jahr 1925 sind für diesen Zweck 63 Millionen zl angesetzt. Die polnischen Militärpensionen sind dreimal höher als diese Renten in Sowjetrußland. Die neue Kategorie von Invaliden, von denen in dem Antrag der Nationalen Arbeiterpartei die Rede ist, wird etwa 40—50 000 Menschen umfassen. Ihretwegen müßte die obengenannte Summe um mindestens 20 Millionen zl vergrößert werden.

Regierungsvertreter erklärten aber dann, daß ein Projekt vorbereitet werde, durch das diese Angelegenheit durch die entsprechende Valorisierung der Invalidenrenten der früheren Soldaten der Teilungsmächte geregelt werden soll. In der Kommission wurde alsdann dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß diese Verordnung einheitlich auf das ganze Gebiet der Republik Polen ausgedehnt werde.

Nach längerer Diskussion wurde eine Resolution angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, so schnell als möglich einen Gesetzentwurf über die einheitliche Versorgung der Invaliden auf dem ganzen Gebiet Polens aus der Zeit vor dem 1. August 1914 dem Sejm vorzulegen. Außerdem wird die Regierung aufgefordert, genügende Hilfe und Schutz im Rahmen des gegenwärtigen Budgets denjenigen Vorkriegsinvaliden zu gewähren, die sich in Not befinden.

Eine antibolschewistische Offensive.

Eine neue Judenitsch-Expedition mit ausländischer Hilfe? Angebliche Beteiligung und Entschädigung Polens.

London, 20. Januar. PAT. „Daily Telegraph“ bringt in der Nummer vom 16. d. M. unter dem Titel „Die russischen Monarchisten“ eine Korrespondenz aus Berlin, in der der Verfasser eingangs Einzelheiten aus der anläßlich des neuen Jahres alten Stils erlassenen Botschaft Wrangels an seine früheren Offiziere und Soldaten veröffentlicht. In dieser Botschaft kündigt Wrangel eine antibolschewistische Aktion für dieses Jahr an.

Die Kriegspläne der Anhänger des Großfürsten Nikolai — schreibt der Korrespondent weiter — wurden vor einigen Tagen in den Spalten eines Münchener Blattes besprochen.

Unter anderem war dort die Rede von einer neuen Expedition Judenitschs mit Hilfe Frankreichs, Polens, der Tschechoslowakei und der Balkanstaaten. Polen würde als Belohnung für seine Hilfe einen Teil der Ukraine erhalten. Die weiße Armee würde sich auf deutschem Gebiet konzentrieren. Da das betreffende Blatt in naher Fühlung mit der rivalisierenden russischen Monarchistengruppe steht, die sich um den Großfürsten Kyrill schart, so stammen diese Einzelheiten zweifellos aus der Umgebung des letzteren.

Es ist somit möglich, daß der alleinige Zweck der Meldung die Kompromittierung Nikolai Nikolajewitschs durch die Verdächtigung ist, er sei bereit, Rußland an Polen zu verraten. Der Haß gegen Polen ist nämlich jetzt das einzige Bindeglied, das heute alle Russen vereinigt.

Die ohnmächtige Prahlsucht Wrangels — schließt der Korrespondent — kann für die Bolschewisten in ihren augenblicklichen Schwierigkeiten sehr nützlich sein.

Nitti über die Lage in Europa.

Paris, 20. Januar. Der frühere italienische Ministerpräsident Nitti gewährte dem Vertreter eines Wiener Blattes in Zürich ein langes Interview, in dem er u. a. sagte:

Die „Verträge“ von Versailles und St. Germain nehmen Österreich die Lebenskraft. Das Land ist zu klein und hat eine verhältnismäßig viel zu große Hauptstadt. Österreich ist vom besten Willen beseelt, begegnet aber der Feindschaft von ganz Europa. Darum befürchte ich, daß Österreich in seiner heutigen Form und den gegenwärtigen Verhältnissen auf die Dauer nicht lebensfähig sein kann.

Weder Österreichs noch Deutschlands Grenzen noch die eines anderen besiegten Staates entsprechen den wirtschaftlichen oder politischen Notwendigkeiten, und von keinem Staate kann man erwarten, daß er allem entsagt, was ihm genommen wurde und die gegenwärtige Lage als dauernden Normalzustand anerkennt.

Als Vermittler und Ausgleichsforum wurde der Völkerbund eingesetzt. Ich erwarte von ihm nicht das geringste, denn ich sehe im ganzen Völkerbund lediglich einen gegenseitigen Garantiepakt der „Sieger“. Wenn beispielsweise Deutschland morgen den ihm aufgezwungenen absurden Korridor von Danzig durchbricht, Ungarn einen Feldzug zur Rückeroberung der abgetrennten Landesteile beginnt, Rußland Beßarabien und das verlorene Küstengebiet zurückfordern würde, dann wäre Italien gezwungen, für die gewaltsame Aufrechterhaltung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse ins Feld zu ziehen. England und Italien können diesen Pakt nicht annehmen, auch wenn wir ihn unterzeichnet haben. Einen ehrlichen Frieden kann er nicht gewährleisten.

Der „Vertrag“ von Versailles stellt fest, daß die Demobilisierung Deutschlands den Auftakt zur Entwaffnung aller anderen Staaten darstellen soll. Demgegenüber vergrößern die Siegerstaaten ihre Heeresbestände und ganz Europa steht in Waffen. Früher bedrohte eine elsässische Frage den europäischen Frieden. Heute gibt es zehn elsässische Fragen.

Nitti meinte zum Schluß, der entscheidende Schritt zur wirtschaftlichen Gesundung Europas könne nur in der Form der Aufhebung der Zollgrenzen getan werden. Für den Fall, daß er die Leitung der Geschäfte in Italien wieder übernehmen werde, gedenke er die Zollunion Italiens mit den Nachfolgestaaten der ehemaligen österreichisch-ungari- Monarchie durchzusetzen. Die anderen Staaten würden dem Beispiel folgen.

Senator Borah über die Befriedung der Welt.

Der amerikanische Senator Borah, der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, dürfte nach der bevorstehenden Rekonstruktion des Washingtoner Kabinetts in der amerikanischen Außenpolitik eine noch einflußreichere Rolle spielen als bisher, und deshalb ist es von Interesse, seine Ansichten über die Befriedung der Welt ausführlicher kennenzulernen. Er hat diese Ansichten in einer Erklärung niedergelegt, die er zu Weihnachten der „United Preß“ zur Veröffentlichung übersandt hat. Diese Erklärung hat nach der in Buenos Aires erscheinenden „Deutschen La Plata-Zeitung“ folgenden Wortlaut:

„Um die Welt vor Katastrophen zu schützen, wie der Weltkrieg eine war, sind ein allgemeiner wirtschaftlicher Wiederaufbau und die Einrichtung eines Mechanismus für schiedsrichterliche Entscheidung im Falle künftiger Streitigkeiten unbedingt notwendig.

Seit mehr als drei Jahren bin ich für eine allgemeine Wirtschaftskonferenz eingetreten, welche die großen Wirtschaftsprobleme der Welt, wie die Entschädigungsfrage und andere schwebenden Fragen lösen soll. Ich glaube nicht, daß wir eine wirkliche Lösung dieser Fragen erhalten können, wenn eine solche Konferenz nicht stattfindet. Der Dawesplan ist ein Schritt in der rechten Richtung. Ich wünsche ihm die besten Resultate. Aber ich glaube nicht, daß der Dawesplan das letzte Wort in der Entschädigungsfrage ist. Vielleicht war er die beste Lösung, die zu seiner Zeit gefunden werden konnte, aber er muß vervollständigt werden, und zwar so bald wie möglich. Wir haben ein Interesse an der Lösung dieser Wirtschaftsfragen, nicht nur vom materiellen Standpunkt aus. Sowohl materiell wie menschlich haben die Vereinigten Staaten die große Verpflichtung, keine Mühe zu scheuen, um eine dauernde Lösung zustande zu bringen.

Der Weltschiedsgerichtshof kann nie etwas anderes sein als eine juristische Körperschaft, wenn das internationale Recht nicht kodifiziert wird. Ein Weltschiedsgericht setzt ein Völkerrecht voraus, das es auslegen und ausbauen kann. Bis dahin kann das Weltschiedsgericht kein echtes Gerichtstribunal sein.

Im internationalen Gesetzbuch muß es einen Artikel geben, der den Krieg als eine unerlaubte Methode zur Regelung internationaler Streitigkeiten bezeichnet. Jeder Krieg ist ein Verbrechen. Bisher haben alle Friedenspläne den Krieg als rechtmäßig anerkannt. Selbst der Völkerbund, der Sicherheitsvertrag des Völkerbundes und das Genfer Protokoll erkennen alle in irgend einem Punkte den Krieg an. Solange dies der Fall ist und solange die Nationen zwischen Krieg und Frieden wählen können, werden nur geringe Fortschritte auf dem Wege zum Frieden gemacht werden können.

Einige werden sagen, die Urteile des Weltschiedsgerichtshofes würden unbeachtet bleiben, wenn keine militärische Macht hinter ihnen stehe. Unsere Vorväter wurden vor dieselbe Frage gestellt; denn als sie den Obersten Gerichtshof schufen, wurde behauptet, militärische Macht sei zur Durchführung der Urteile des Gerichtshofes unentbehrlich, wenn es sich um Streitigkeiten der Mitglieder der Vereinigten Staaten handle.

Und was taten unsere Väter? Da eine gewaltsame Durchführung der Urteile ungesund gewesen wäre und nicht dem beabsichtigten Zweck entsprochen hätte, so kamen sie überein, daß die moralische Macht der öffentlichen Meinung ausreichen müsse. Die Folge ist gewesen, daß von 80 oder 82 Urteilen des Obersten Gerichtshofes gegen Einzelstaaten der Union kein einziges auf Widerstand gestoßen ist und daß nur wenige zögernd ausgeführt wurden.

Frankreich behauptete, nach dem Versailler Vertrag das Recht zu haben, die Ruhr zu besetzen. Andere Länder bestritten dies. Glauben Sie, daß Frankreich in dem Falle, daß die Frage einem Schiedsgericht unterbreitet worden wäre und daß das Schiedsgericht gegen Frankreich entschieden hätte, sich geweigert hätte, das Urteil anzuerkennen? Ich glaube es nicht, obwohl Frankreich völlig von seinem Rechte überzeugt war.

In dieser Weise wird sich der Grundsatz des Schiedsgerichtes entwickeln. Nach meiner Meinung liegt die Schwierigkeit nicht in der Durchführung des Schiedsurteils. Sie liegt darin, die Nationen dazu zu bewegen, ihre Streitigkeiten einem Schiedsgerichtshofe zu unterbreiten. Das ist der Schritt, den wir jetzt tun müssen und auf den die Aufmerksamkeit der ganzen Welt gelenkt werden muß.“

Ein neues Bündnis gegen Deutschland.

Vor neuen Militärkonventionen?

Der „Rheinisch-Westf. Ztg.“ wird aus London, 20. 1., gemeldet:

Das Problem der französischen Sicherheit beschäftigt das englische Kabinett weiterhin; weniger aus irgendwelchen Gefühlen für Frankreich heraus, sondern aus der Erwägung, daß vielleicht in 25—30 Jahren Deutschland die militärische Stärke der Vorkriegszeit wieder erhalten könnte, und daß dies nicht nur eine Bedrohung für Belgien und Frankreich, sondern auch für Großbritannien bedeuten könne. Daran wird nirgends mehr in offiziellen Kreisen ein Zweifel gelassen, daß das Genfer Protokoll tot sei und daß man deshalb, um die Franzosen zu beruhigen, irgend etwas anderes erfinden müsse. Im allgemeinen würde gewünscht, daß Vorkehrungen getroffen würden, damit ein Zusammenarbeiten der Land-, See- und Luftstreitkräfte erfolge. Allerdings möchte man in London keinen formellen Vertrag mit Frankreich abschließen, aber daß die Generalstäbe der drei Länder ihre Pläne gemeinsam ausarbeiteten, läge vielleicht in den Absichten des englischen Kabinetts.

Der Boykott der „Rzeczpospolita“.

Warschau, 22. Januar. (Eigenbericht.) Der gestrige Seniorenkonvent hatte sich mit einer Angelegenheit der „Rzeczpospolita“ zu befassen. Bekanntlich hat Abg. Korfanty das Blatt vom früheren Ministerpräsidenten Paderewski im Dezember v. J. käuflich erworben. Der damalige Redaktionsstab verließ sofort den Dienst und Korfanty mußte seine eigenen Leute einstellen. Der Journalistenverband beschloß hierauf den beruflichen und gesellschaftlichen Boykott der neuen Mitarbeiter der „Rzeczpospolita“. Auch der Klub der Parlamentsberichterstatter verweigerten dem Mitarbeiter den Zutritt in das Klubzimmer im Sejm wie auch zur Journalistenloge, ferner das Recht zum Bezuge der täglichen Berichte aus dem Sejm.

Der Seniorenkonvent sollte nun die Forderungen des Abg. Korfanty, der obige Beschränkungen aufgehoben wissen will, prüfen. Die Abgg. Barlicki (PPS.) und Sliwinski (Bauernbund) unterstützten diesen Antrag. Der Seniorenkonvent verwarf jedoch die Forderung auf Zulassung der Parlamentsberichterstatter zum Klub und ihren Zutritt zur Journalistenloge, so daß der Vertreter der „Rzeczpospolita“ sich auch weiterhin mit einem Platz auf der Gallerie begnügen muß. Wegen der Benutzung der Tagesberichte ist der Beschluß auf die nächste Sitzung vertagt worden.

Republik Polen.

Abgelehnte Auslieferung von Abgeordneten.

З Warschau, 22. Januar. (Eig. Drahtbericht.) In der Reglementskommission lagen Anträge zur Auslieferung von Abgeordneten vor. Es wurde abgelehnt die Auslieferung der Abgeordneten Dzieduck (Okongruppe), Glombinski vom Z. L. N., Moraczewski (Sozialist) und weiterer 21 Sozialisten. In der letzten Angelegenheit hatte ein Unterstaatsanwalt den Antrag auf Auslieferung gestellt, weil die betreffenden sozialistischen Abgeordneten im Sejm eine Interpellation (!!) eingebracht haben, die sich mit der Tätigkeit des Obersten Garncarski befaßte. Dieser Antrag stehe mit der Konstitution in Widerspruch.

Die Linksparteien und das Konkordat.

Warschau, 21. Januar. Die polnischen radikalen Linksparteien haben einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, in dem sie volle Aufklärung über den Stand der Konkordatsverhandlungen fordern. In dem Antrag wird erklärt, daß weder der Sejm noch die Presse über den Verlauf der Verhandlungen genügend unterrichtet sind, so daß zu befürchten sei, daß die Bevölkerung vor eine vollendete Tatsache gestellt wird. Aus diesem Grunde fordern die Antragsteller die Regierung auf, über den gegenwärtigen Stand der Konkordatsverhandlungen genauen Bericht zu erstatten.

Deutsches Reich.

Zwischen Bayern und dem Heiligen Stuhl

ist kürzlich ein Konkordat abgeschlossen worden. Die Ratifikation ist für Sonnabend in Aussicht genommen.

Eine Erklärung des Kronprinzen Rupprecht.

Von der Vertretung des Kronprinzen Rupprecht erhält die „München-Augsburger Abendzeitung“ die Mitteilung, daß die Verhandlungen am 15. Januar an der endgültigen Weigerung Ludendorffs, die geforderte Genugtuung zu leisten, gescheitert seien. Die Erklärung des Generals sei geeignet, in der Presse den Anschein einer vollen Genugtuung zu erwecken. Das sei nicht der Fall. Der Kronprinz müsse erwarten, daß nur er die Form zu bestimmen habe, die ihm Genugtuung für die gegen ihn gerichteten schweren und unwahren Angriffe geben könnte.

Eine neue Erklärung Ludendorffs.

München, 19. Januar. General Ludendorff bittet die Telegraphen-Union um Verbreitung folgender Erklärung: „Der Bevollmächtigte Seiner Königlichen Hoheit des Kronprinzen von Bayern, Graf Törring-Jettenbach, und mein Bevollmächtigter, General Hildebrandt, hatten vereinbart, daß die Verhandlungen in meinem Konflikt mit dem Kronprinzen auf Grund meines Briefes vom 7. Dezember als streng vertraulich zu behandeln wären und über den Inhalt der Verhandlungen keinerlei Veröffentlichungen stattfinden dürften. Trotz dieser Abmachung in einem Ehrenverfahren hat die Gegenseite durch die Telegraphen-Union und damit auch durch den bayerischen Presserundfunk eine Darstellung über den Abbruch der Verhandlungen gegeben, die irreführend und unrichtig ist. Gegenforderung stand gegen Gegenforderung. Mein Handeln habe ich in meiner Veröffentlichung des Briefes vom 7. Dezember und die daran anschließende Kundgebung wohl hinreichend klargelegt.

560 politische Gefangene in Preußen.

Berlin, 20. Januar. Im Rechtsausschuß des preußischen Landtages erklärte der Justizminister im Verlaufe der Beratungen über den kommunistischen Antrag, eine Amnestie in Preußen zu erlassen, daß in Preußen insgesamt 560 politische Gefangene vorhanden seien und nicht, wie die Kommunisten behaupten, 7000.

Bosel kauft die Hammerbrotwerke Wiens.

Wie die „Arbeiterzeitung“ mitteilt, hat der Wiener Vorstand der sozialdemokratischen Partei beschlossen, die Hammerbrotwerke, die Eigentum der sozialdemokratischen Partei waren, dem bekannten Großindustriellen Bosel zu verkaufen. Der Verkauf war nötig geworden, weil die Werke vor dem

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 19.

Bromberg, Sonnabend den 24. Januar 1925.

Pommerellen.

23. Januar.

Graudenz (Grudziądz).

Deutsche Bühne in Graudenz.

„Geständnis“,

Schauspiel in 5 Akten mit einem Vor- und Nachspiel. Nach Sidney Garrick, bearbeitet von Ernst Vajda.

Ein echt amerikanisches Stück wurde im „Geständnis“ dem Graudenzer Publikum vorgeführt; für einen Europäer sind die logischen Sprüche, die die Vettern aus dem Dollarland darin machen, manchmal etwas zu weit. Die Handlung, sehr spannend, manchmal an Sherlok-Holmes, Harry Piel und andere Kriminalhelden erinnernd. Aber trotz mancher in dem Stück liegenden Unverdaulichkeit doch ein guter Griff. Es erfüllt die Bedingungen, die man an so eine amerikanische Geschichte stellen kann. Der Faden der Handlung reißt nie ab, und vom Vorspiel bis zum Nachspiel, durch ereignisreiche Akte hindurch wird das Publikum in einer langsam sich steigernden Spannung gehalten. Für europäische Begriffe ist es nicht leicht, sich in die Situation hineinzudenken: Ein Milliardär, der seine Frau aus Liebe geheiratet hat und nach fünfjähriger Ehe die Überzeugung gewinnt, daß sie ihn betrogen hat und weiter betrügt. Eine „beste Freundin“ der Frau, die den Mann erst auf diesen Verdacht gebracht hat und die dann weiter und weiter sucht und forscht, um die Frau unglücklich zu machen. Ein Ehemann — wieder der Milliardär —, der einen Schurken dingt, der seine Frau verführen soll und dafür 300 000 Dollar bekommt. Das alles sind Sachen, die man vom amerikanisch-exzentrischen Standpunkt aus beurteilen muß, um sich hineinzudenken und sie richtig begreifen zu können.

An dem „Geständnis“ ist das Wichtigste das Spiel der einzelnen Darsteller. Nur durch ein gutes Spiel kann das Stück eine gute Wirkung hinterlassen. Fast jede einzelne Rolle ist als schwierig zu bezeichnen, ich denke z. B. nur an die Violet, die der Lavinia gegenüber d' treue Freundin spielen muß, während sie Morlands ausgehaltene Spionin auf der anderen Seite sein soll. Das Spiel der an der Mittwoch-Première Beteiligten verhalf erst dem Stück zu dem guten Erfolg, den es hatte. Die Rollen waren fast ausnahmslos mit Kräften besetzt, die an unserer Bühne einen guten Ruf haben, Walter Ritter d. J., Lisa Meyer, Li Zilz, Eckert-Mohrga, Maria Riedel waren die Hauptdarsteller, die die ihnen gestellte sehr schwere Aufgabe mit dem besten Erfolg erfüllten. An ihrem Spiel dürfte kaum etwas zu tadeln sein. Den besten Eindruck dürften beim Publikum Lisa Meyer und Walter Ritter hinterlassen haben. Die übrigen Mitspieler wußten sich an die Hauptkräfte gut anzupassen, Willi Glawe als Richter, Otto Reimann in der — auch nicht ganz einfachen — Brideauxrolle, leisteten ihr Bestes. Willi Glawe hatte außerdem die Regie, deren manchmal nicht leichte Anforderungen er ohne Schwierigkeit bewältigte. Frau Tiburtius als Lavinias Mutter, Ella Strehlau als Erzieherin, Egon Zimmermann als Diener, und Lotte Jankowski als Kitty trugen auch in ihren kleinen Rollen zum Gelingen des Stückes bei.

Der Erfolg, den das „Geständnis“ bei jener Erstaufführung hatte, ist weniger auf das Stück selbst, das vielleicht etwas zu wenig europäischen Begriffen entspricht, zurückzuführen, als auf das Spiel und die guten Leistungen der Darsteller. Jedem, der einmal etwas nicht Alltägliches, wirklich gute Leistungen und ein tadelloses, interessantes Spiel sehen will, kann nur empfohlen werden, die „Geständnis“-Vorstellung zu besuchen. Er wird aufs angenehmste enttäuscht sein. · Gr.

---

* **Aus der evangelischen Kirchengemeinde.** Während des Krieges gab auch die hiesige evangelische Kirche ihre Glocken dem Vaterlande und behielt nur eine zurück. Wohlhabende Gemeinden vermochten bereits neue Glocken anzuschaffen; der hiesigen Gemeinde wird es aber bei dem starken Rückgang der Steuerkraft und den hohen Leistungen der Gemeindemitglieder kaum möglich sein, eine derartige Anschaffung zu machen, zumal bis jetzt auch andere Einrichtungen zurückgestellt werden mußten. Es sind z. B. Tafeln für die im Weltkriege Gefallenen aus dem Kirchspiel noch nicht aufgestellt worden. *

A **Die Weichsel** zeigt keine Veränderung. Der Dampfer „Merkur“ trat Mittwoch nach Verschwinden des Nebels die Fahrt nach Danzig an. Er nahm in Schlepp die mit Äpfeln beladene Lomme mit. Das Motorboot blieb zurück. *

e **Vom Arbeitsmarkt.** Recht knapp ist die Arbeitsmöglichkeit, besonders für ungelernte Arbeiter. In manchen Großbetrieben wurden vor Monaten zahlreiche Arbeiter entlassen. Inzwischen wurden hier und da wieder Neueinstellungen vorgenommen. Allerdings wurden besonders solche Arbeiter berücksichtigt, die der polnischen Sprache mächtig sind. Es gibt Arbeiter mit zahlreicher Familie, welche seit Monaten nur Gelegenheitsarbeiten verrichten. Daß die Familien unter solchen Umständen in Not geraten, ist leicht erklärlich. *

de **Aus dem Kreise Graudenz**, 22. Januar. Der Temperaturaufschlag kommt für die Landwirtschaft etwas schroff. Die Saaten hatten sich während der milden Witterung gut entwickelt. Die Pflanzen zeigen Leben und der Frost kann ihnen schaden, wenn er noch stärker wird und eine Schneedecke sie nicht einhüllt. Andererseits kommt der trockene Frost den Seenbesitzern sehr erwünscht. Schon in einigen Tagen kann die Rohrernte beginnen, und auch die Eisfischerei kann einsetzen.

*

Vereine, Veranstaltungen 2c.

Deutsche Bühne Grudziądz. Am kommenden Sonntag, den 25. 1. 1925, findet die erste Wiederholung des Schauspiels „Geständnis“ statt. Es war vorauszusehen, daß dieses Schauspiel durch die spannende Handlung und die vorzügliche Darstellung und Inszenierung einen außerordentlichen Erfolg haben und daß dieser erste Erfolg dazu beitragen dürfte, daß die nächsten Aufführungen vor vollbesetztem Haus stattfinden werden. Da zu den Aufführungen der Deutschen Bühne oft Kinder und Halberwachsene mitgenommen werden, hat die Theaterleitung angeordnet, daß Jugendliche unter 16 Jahren keinen Zutritt haben. (1508 *

Thorn (Toruń).

‡ **Freispruch.** Vor der Strafkammer in Thorn hatten sich dieser Tage der Direktor sowie drei Vorstandsmitglieder einer Molkereigenossenschaft wegen Wuchers und Preistreiberei zu verantworten, welcher Vorwurf ihnen im Inflationsjahre 1923, als die polnische Mark immer im Werte fiel und die Warenpreise dementsprechend kletterten, gemacht worden war. Der Direktor soll außerdem dadurch Preistreiberei getrieben haben, daß er anderen Molkereien telegraphisch die Preise für Butter bekanntgab und sich bei Milchpreiserhöhungen mit anderen Molkereien im Kreise verständigte. Das große Sachverständigen- und Zeugenaufgebot (im ganzen 27 Personen) bekundete fast sämtlich, daß der damalige Milch- und Butterpreis zu niedrig war und sich keineswegs dem Gestehungspreise anpaßte. Der zuletzt vernommene Sachverständige machte dieselbe Aussage und legte zum Beweise dem Gerichtshof eine den hiesigen Verhältnissen entsprechende Kalkulation vor. Nach zwölfstündiger Verhandlung wurde in den späten Abendstunden das Urteil verkündet, das bei allen Angeklagten auf Freispruch lautete. Der Staatsanwaltschaftsvertreter hatte für den Molkereidirektor sieben Monate, für die Vorstandsmitglieder je acht Monate Gefängnis beantragt. **

≠ **Von der Weichsel.** Nachdem bei dem länger anhaltenden Frost Grundeisbildung eingetreten ist, hat der Wasserstand etwas abgenommen. Der Thorner Pegel zeigte Donnerstag früh einen Stand von 1.10 Meter über Normal an, also 5 Zentimeter weniger als am Vortage. Das Eis treibt besonders an beiden Ufern, während Schollen in der Mitte des Stromes verhältnismäßig wenig zu bemerken sind. Der Verkehr der Dampferfähre brauchte noch nicht eingestellt zu werden. **

≠ **Der Streik in den Elektrizitäts- und Gaswerken** ist am Mittwoch beendet worden. Die Arbeit wurde überall wieder aufgenommen. **

≠ **Spurlos verschwunden.** Die Zwillingsbrüder Bruno und Bernhard Boszczynski, bei ihren Eltern in der ul. Kopernika (Coppernikusstraße) 131 wohnhaft, sind seit Mittwoch abend spurlos verschwunden. Sie entfernten sich gegen 9 Uhr abends aus der elterlichen Wohnung und gingen nach der Czerwona Droga (Roten Weg) zu, wo Bernhard B. in der Gärtnerei von Hintze Lehrling ist. Da man seitdem nichts mehr von ihnen gehört hat, sind die Eltern in größter Sorge. Sie vermuten, daß den Söhnen ein Unglück zugestoßen sein könnte, oder daß sie Selbstmord verübt haben könnten. Die Zwillingsbrüder, von denen Bruno Lehrling im Friseurgeschäft von Thober ist, sind 1,58 Meter groß und sehen sich außerordentlich ähnlich. Sie sind beide dunkelblond und haben blaue Augen. Bruno B. war bei seinem Fortgang mit einer blauen Hose, dunkelgrauem Jackett, steifem Umlegekragen, Zugstiefeln und dunkelgrünem Hut bekleidet, Bernhard B. mit schwarzer Hose, brauner Winterjoppe, hellbraunem Sweater und grauer Sportmütze. Beide trugen silberne Uhren bei sich. Die besorgten Eltern bitten dringend jeden, der die jungen Leute nach ihrem Fortgang gesehen hat, um Mitteilung an den Vater, Martin Boszczynski, Kopernika 18, 1 Treppe. **

---

‡ **Culmsee** (Chełmża), 22. Januar. Nach einer Operation verschied in Braunschweig Herr Fr. Brandes-Weidenhof, der 22 Jahre dem Aufsichtsrat unserer Zuckerfabrik, die letzten vier Jahre als Vorsitzender, angehört hat. Der im 65. Lebensjahre Entschlafene hat sich durch die Förderung dieses wichtigen Unternehmens auch Verdienste um die Stadt und ihre Bürgerschaft erworben.

* **Dirschau** (Tczew), 21. Januar. Am vergangenen Sonnabend haben bisher nicht ermittelte Täter das Auto des Grafen von Alvensleben auf der Chaussee nach Danzig in der Nähe von Pszczołek überfallen. Das Auto, in dem Graf Alvensleben und Pfarrer Promiński saßen, fuhr gegen ½6 Uhr auf der Chaussee aus Danzig, als aus dem Hinterhalt gegen das Auto an 20 Revolverschüsse abgefeuert wurden. Von den Insassen wurde niemand verwundet, doch ist das Auto von mehreren Kugeln beschädigt worden.

* **Konitz** (Chojnice), 21. Januar. In dem nahen Dorfe Lotyn hat sich am letzten Sonntag mittags ein bösartiger Ehezwist ereignet. Die Eheleute Krz. gerieten beim Mittagstisch in Streit, weil der Mann ein Stück Fleisch mit Knochen hatte, während die Frau ein Stück ohne Knochen für sich behielt. Der Mann gab der Frau mit dem Knochen einen Schlag und die Frau antwortete mit dem Messer, und traf den Kopf des Mannes, so daß die Schlagader verletzt wurde. Ein Arzt aus Konitz mußte herbeigerufen werden. der dann die Wunde zunähen mußte.

* **Schwetz** (Świecie), 22. Januar. Von einem Wildschwein schwer verletzt wurde vor kurzem der Förster Lemanczyk, der auf einem Dienstgange in seinem Revier, das zur Oberförsterei Jelena góra gehört, auf ein Rudel Wildschweine stieß. Er gab einige Schüsse auf diese ab und verletzte ein Mutterschwein, das sich nun auf den Förster stürzte und ihn derartig verletzte, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. In letzter Zeit sind im hiesigen Bezirk so viele Wildschweine beobachtet worden, daß es sich empfehlen würde, mehrere größere Jagden zu veranstalten, um größeren Schaden zu verhüten.

ch **Aus dem Kreise Schwetz**, 22. Januar. Die Lage der Landwirtschaft in unserem Kreise ist sehr schwierig. Das Getreide schüttet im allgemeinen schlecht, und in der Niederung hat das Wasser zudem noch ungeheuren Schaden verursacht. Selbst größere Wirtschaften haben nicht den Bedarf an Brotkorn und Futtergetreide geerntet; es muß gekauft werden. Dort, wo noch etwas Überschuß vorhanden war, wurde er zu billigem Preise verkauft, weil man Geld brauchte. Jetzt, wo die Preise in kurzer Zeit in die Höhe geschnellt sind, ist kaum noch etwas verfügbar. Die Viehbestände mußten bereits stark angegriffen werden, um Geld für die hohen Steuern und sonstigen vielen Ausgaben zu beschaffen.

* **Stargard** (Starogard), 22. Januar. Von drei maskierten Männern überfallen wurde am Dienstag abend der hiesige Gerichtsassistent Pastwa. Der Überfallene erlitt hierbei erhebliche Verletzungen.

Das Aufwertungsproblem in Deutschland.

Hypotheken, Obligationen, Reichsanleihen.

Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ erfährt, liegen die in der Kanzlerrede angekündigten Gesetzentwürfe über die Aufwertung und Steuergesetzgebung zum größten Teil bei den zuständigen Ministerien bereits ausgearbeitet vor. Ihre Veröffentlichung dürfte schon innerhalb der nächsten Woche nach und nach erfolgen. Einer der ersten Gesetzentwürfe, die dem Reichstag unterbreitet werden, dürfte die Revision der 3. Steuernotverordnung, und zwar insbesondere die Neuregelung der Hypothekenaufwertung sein. Der Regierungsentwurf sieht eine wesentlich höhere Quote der **Hypothekenaufwertung, und zwar bis auf 25 Prozent vor. Auch** die Rückdatierung der abgelösten Hypotheken soll **eine Neuregelung** erfahren. Um die dem Hausbesitz durch die vorgesehene Hypothekenaufwertung zufallende Mehrbelastung zu erleichtern, dürfte ein Ausgleich dadurch geschaffen werden, daß eine entsprechende Ermäßigung der Hauszinssteuer erfolgt. — Eine höhere Aufwertung der Industrieobligationen soll mit Rücksicht auf die der Industrie durch das Dawes-Gutachten auferlegten Lasten nicht stattfinden.

Eine Bestätigung dieser Mitteilungen war, wie das genannte Blatt schreibt, bis zur Stunde von den zuständigen Stellen nicht zu erhalten.

Im Finanzministerium fand eine zweite Beratung mit den Vertretern der Banken und Bankiers statt, die vor einigen Tagen bei der ersten Beratung auf die technischen Schwierigkeiten hingewiesen hatten, die sich bei einer Aufwertung der Reichsanleihen nach dem Zeitraum des Erstehens ergeben müßten. Diese technischen Schwierigkeiten bildeten auch bei der wiederholten Beratung den Grund, aus dem heraus die Bankenvertreter die Übernahme der Aufwertungsvorarbeiten nicht übernehmen zu können glaubten. Die Unterscheidung zwischen den alten und neuen Besitzern der Anleihen erfordere so komplizierte Feststellungen, daß es im Arbeitskreise der Banken nicht möglich wäre, diese Einzelheiten zu übernehmen. Bindende Beschlüsse wurden von seiten der Bankenvertreter noch nicht gefaßt, doch hat die Finanzverwaltung gewisse Erleichterungen in Vorschlag gebracht, auf die die Bankenvertreter sich schriftlich äußern werden.

Der Aufwertungsausschuß des Reichstages, der am Mittwoch zusammentrat, behandelte einen deutschnationalen Antrag, in dem die Aufhebung der „Verordnung zur einstweiligen Regelung der Aufwertung vom 4. Dezember 1924“ gefordert wird. Die in Art. 2 der V. O. bezeichneten Fristen sollen bis zur gesetzlichen Neuregelung der Aufwertung verlängert werden. Abgeordneter Beest (Dtschnat.) begründete den Antrag. Es entspreche nicht der Ansicht der Nationalversammlung bei Schaffung der Reichsverfassung, daß Artikel 48 dazu verwendet wird, Regierungsverordnungen zu stützen, die von den Gerichten als rechtsungültig erklärt worden sind. Abg. Dr. Schetter (Ztr.) hielt es im Interesse der Rechtssicherheit nicht für angebracht, jetzt die Verordnung für ungültig zu erklären, da eine endgültige gesetzliche Regelung des ganzen Aufwertungsproblems nahe bevorstehe. Andere Abgeordnete äußerten sich in ähnlichem Sinne. Die Beschlußfassung über den Antrag wurde sodann auf Ersuchen der Regierung auf Dienstag nächster Woche vertagt.

Thorn.

Konitz.

Graudenz.

Kleine Rundschau.

* **Ein bemerkenswerter Sieg polnischer Sportsleute.** Bei den in Schmecks (Tschechoslowakei) im Tatragebirge veranstalteten internationalen Skikonkurrenzen gewann den ersten Preis Fräulein Ella Sietkiewicz, den zweiten Preis Józef Bujak, der Bruder des bekannten polnischen Meisters im Skilaufen **Franz Bujak**. Fräulein Sietkiewicz hat bereits 18 Preise **gewonnen**, von denen sie sich 14 im Auslande geholt hat. Im Jahre 1923 hat sie die Meisterschaft Frankreichs errungen.

* **Erdbeben in Anatolien.** Konstantinopel, 21. 1. In der Umgegend von Anarach in der Provinz Anatolien hat ein starkes Erdbeben fünf Dörfer zerstört. Während der Katastrophe kamen etwa 140 Personen ums Leben, während 130 Verletzungen davontrugen. Außerdem kamen 800 Stück Vieh zu Tode. Über 2000 Personen sind obdachlos und leiden äußersten Hunger und Elend.

* **Wieviel Anhänger zählt die Heilsarmee?** Über diese Frage hat eine amerikanische Zählung überraschende Aufschlüsse gegeben. In den Vereinigten Staaten gibt es nur 4000 Offiziere und 17 000 Mannschaften. Dazu kommen noch etwa 50 000 Anhänger, die in „Zivil“ gehen. Im Hinblick auf die große Zahl der Unternehmungen der Heilsarmee — sie unterhält 74 Hotels, 11 Unterkunftshäuser für junge Mädchen, 8 Kinderheime, 13 Säuglingsheime, 42 Krankenhäuser und veranstaltet jährlich über eine halbe Million Speisungen — hat man die Zahl der Anhänger für bedeutend größer gehalten. Es wäre interessant zu wissen, ob man sich in Europa einer ähnlichen Täuschung hingibt. Die Leistungen der Heilsarmee erscheinen allerdings unter diesen Umständen in um so hellerem Licht.

* **Die Wiese und die Ochsen.** Der Lyriker Leo Heller las einmal im Teplitzer Anzeiger folgende Anzeige: „Prima Mastochsen offeriert Leo Heller, Würschen bei Brüx.“ Darauf richtete der Dichter an den Viehzüchter folgendes Schreiben: „Sehr geehrter Herr Namensvetter, Ihr Inserat besagt, daß Sie Mastochsen zu verkaufen haben. Da demnächst im Verlage von Dr. H. Erben in Saaz mein neues Gedichtbuch „Die Wiese“ erscheint und da sich Mastochsen und Wiese gut vertragen, so wäre ich Ihnen verbunden, wenn Sie bei dem genannten Verlag für sich oder Ihre Mastochsen ein Exemplar meines Buches bestellen würden. Hochachtungsvoll Leo Heller.“ Darauf lief nach kurzer Zeit folgende Antwort ein: „Sehr geehrter Herr Namensvetter, Sie sind mir kein Fremder mehr. Einige Gedichte von Ihnen habe ich gelesen. Einen anderen Namensvetter, der zugleich Dichter ist, wird es wohl nicht geben. Meine Mastochsen habe ich leider immer noch. Sie sind heutzutage schwer unterzubringen, obwohl sie sehr fett sind. Jedenfalls wünsche ich Ihnen, daß Ihre Gedichte besseren Absatz finden als meine Ochsen. Ihren Gedichtband „Die Wiese“ habe ich bei Dr. H. Erben in Saaz bestellt. Als Gegendienst erwarte ich von Ihnen, daß Sie mir die Ochsen abkaufen. Hochachtungsvoll begrüße ich Sie ergebenst Leo Heller.“

Handels-Rundschau.

Die Krakauer Eisenbahnkonferenz, die vom 8. bis 12. d. M. zwischen Deutschland, Polen, Österreich Ungarn, Italien, der Tschechoslowakei und der Schweiz stattgefunden hat, führte zu einer Revision der Bestimmungen über den zurzeit schon bestehenden Güterverkehr zwischen Polen einerseits, der Tschechoslowakei, Österreich, Ungarn andererseits, sowie zur Einrichtung eines neuen Warenverkehrs zwischen Polen einerseits, Italien, Jugoslawien und der Schweiz andererseits. Danach wird es, wie wir einem Bericht der „Rzeczpospolita“ entnehmen, vom 1. März ab möglich sein, Waren aus Polen nach Österreich, der Tschechoslowakei und der Schweiz, Ungarn, Jugoslawien und Italien, sowie im Transitverkehr durch Deutschland lediglich auf Rechnung des Empfängers zu versenden, ohne also im voraus irgendwelche Frachtgebühren zu entrichten. Umgekehrt gilt natürlich dasselbe, so daß die Frachtgebühren fremder Eisenbahnen durch den polnischen Empfänger bezahlt werden können. Die näheren Dienstvorschriften zur Inkraftsetzung dieser Bestimmungen sollen am 27. Januar auf einer nach München einberufenen Konferenz geregelt werden.

Die polnische Spiritusproduktion ist laut einer soeben amtlich bekanntgemachten Verordnung des Finanzministers für die Kampagne 1924/25 auf insgesamt 1,2 Millionen Hektoliter begrenzt worden. Hiervon sollen auf die Wojewodschaften Posen 368 984, Lemberg 122 293, Warschau 117 443, Pommerellen 115 031, Schlesien 26 346 Hektoliter entfallen.

Vom polnischen Trikotagemarkt. In der Trikotagebranche herrscht trotz der günstigen Erwartungen ein völliger Stillstand. Gegenwärtig stehen fast sämtliche Fabriken still, sowohl die großen als auch die kleinen. Letztere haben ihre Betriebe schon vor zwei Monaten eingestellt. Die Preise für verschiedene Winterartikel sind durchschnittlich um 20 bis 30 Prozent zurückgegangen, da die Fabrikanten bestrebt sind, ihre alten Vorräte möglichst abzustoßen. Was die Fabrikation für die Sommersaison betrifft, so sind die Fabrikanten sehr vorsichtig, und wollen sich vor allem günstigere Arbeitsbedingungen sichern. Kürzlich hat man sich an die Arbeiterverbände gewandt, um eine Ermäßigung der Arbeitslöhne um 40 Prozent zu erzielen. Der Erfolg dieser Aktion ist noch unbekannt. Die kleineren Trikotagefabrikanten sind bemüht, eine Genossenschaft zu bilden, die den Verkauf von Rohstoffen aus erster Hand, ferner die Bildung einer Verkaufsorganisation der Fabrikate zum Zwecke haben soll.

Ein Kreditorenverband der polnischen Lederbranche. Die Lederbranche hat seit längerer Zeit einen Kreditorenverband vorbereitet, um sich gegen böswillige Kreditmißbräuche zu schützen. Der Verband ist endlich zustande gekommen und hat am 14. d. M. seine Tätigkeit aufgenommen. Er hat seine Wirkung auf diejenigen Kaufleute, die beim Zahlen ihrer Schulden Schwierigkeiten machen, nicht verfehlt. Es sind bereits in den letzten Tagen zahlreiche Zahlungen erfolgt.

Die Lage in Lodz. Zwei große Lodzer Textilfabriken haben die Preise für ihre Erzeugnisse um 2½ Prozent erhöht. Die Preiserhöhung zwischen der Widzewer Manufaktur schwankt sogar zwischen 5 bis 10 Prozent. Die anderen Fabriken haben zwar bis jetzt keine Preiserhöhung vorgenommen, doch nimmt man in Handelskreisen an, daß auch diese Fabriken dem Beispiel folgen werden. Als Ursache dieser Preiserhöhung wird angeführt, daß die Fabrikanten die letzthin im Wege der Arbitrage den Arbeitern zuerkannte Lohnerhöhung nun wettmachen wollen, man führt sie aber zum Teil auch auf die Verteuerung der Rohstoffe zurück. — Auf diese Weise wird auch den Großhändlern die Möglichkeit gegeben, etwas zu verdienen, da sie noch größere Vorräte der zu den früheren Preisen angekauften Waren besitzen. Die allgemeine Lage ist aber sehr schwierig und der Geldmangel trifft besonders die kleinen sehr schwer, da sie höhere Preise für Garn zahlen müssen. Große Hoffnungen werden an die erwartete Auslandsanleihe geknüpft. Die Verhandlungen mit der Sowjetmission in Berlin bezüglich einer Lieferung von Textilwaren nach Rußland werden besonders von den Wollwarenfabrikanten mit großem Interesse verfolgt. Im allgemeinen ist die Lage der Tuchfabrikanten günstiger, als die der anderen Produktionszweige, da sie ihre Waren, zum Teil wenigstens, im Inlande umsetzen können, und das steigende Bedürfnis nach Modeartikeln, dem sie sich anzupassen wissen, ihnen doch eine gewisse Arbeitsmöglichkeit gibt, dies um so mehr, als sich die einzelnen Fabriken in gewissen Artikeln spezialisiert haben.

Geldmarkt.

Warschauer Börse vom 22. Januar. Umsätze. Verkauf — Kauf. Belgien 26,38½, 26,40—26,27; Holland 210,20, 210,70—209,70; London 24,93, 25,00—24,87; Neuyork 5,18½, 5,20—5,17; Paris 28,13¾, 28,21—28,065; Prag 15,60, 15,635—15,565; Schweiz 100,12, 100,37—99,87; Wien 7,30¾, 7,32—7,29; Italien 21,50, 21,555—21,445. — Devisen: Engl. Pfund 24,93½, 25,00—24,87.

Amtliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 22. Januar. In Danziger Gulden wurden notiert für: Banknoten: 100 Reichsmark 125,256 Geld, 125,914 Brief; 100 Zloty 101,24 Geld, 101,76 Brief; 1 amerikanischer Dollar 5,2418 Geld, 5,2682 Brief; Scheck London 25,21 Geld, 25,21 Brief. — Telegr. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling 25,2175 Geld, 25,2175 Brief; Berlin Reichsmark 125,037 Geld, 125,663 Brief; Neuyork 1 Dollar 5,2518 Geld, 5,2782 Brief; Zürich 100 Franken 101,37 Geld, 101,88 Brief; Paris 100 Franken 28,47 Geld, 28,63 Brief; Warschau 100 Zloty 101,82 Geld, 101,38 Brief.

Berliner Devisenkurse.

Für drahtlose Auszahlungen in Mark	In Reichsmark 22. Januar Geld	Brief	In Reichsmark 21. Januar Geld	Brief
Buenos-Aires . 1 Pes.	1.687	1.691	1.688	1.642
Japan . . . . . . 1 Yen	1.613	1.617	1.608	1.612
Konstantinopel 1 t. Pfd.	2.28	2.29	2.275	2.285
London . . 1 Pfd. Strl.	20.082	20.132	20.039	20.089
Neuyork . . . . 1 Doll.	4.195	4.205	4.195	4.205
Rio de Janeiro 1 Milr.	0.500	0.502	0.500	0.502
Amsterdam . . 100 Fl.	169.27	169.69	169.35	169.77
Brüssel-Antw. 100 Frc.	21.29	21.35	21.08	21.14
Christiania . . 100 Kr.	63.92	64.08	63.92	64.08
Danzig . . . 100 Gulden	79.65	79.86	79.50	79.70
Helsingfors 100 finn. M.	10.56	10.60	10.557	10.597
Italien . . . . 100 Lira	17.34	17.38	17.12	17.16
Jugoslavien 100 Dinar	6.82	6.84	6.925	6.975
Kopenhagen . . 100 Kr.	74.76	74.94	74.71	74.89
Lissabon . . 100 Escuto	19.98	20.02	19.98	20.02
Paris . . . . . 100 Frc.	22.71	22.77	22.62	22.68
Prag . . . . . . 100 Kr.	12.56	12.60	12.58	12.62
Schweiz . . . . 100 Frc.	80.83	81.03	80.88	81.08
Sofia . . . . . 100 Leva	3.05	3.06	3.052	3.062
Spanien . . . 100 Pes.	59.58	59.72	59.58	59.72
Stockholm . . . 100 Kr.	113.04	113.32	113.01	113.32
Budapest . . 100000 Kr.	5.512	5.532	5.805	5.825
Wien . . . . 100000 Kr.	5.91	5.91	5.909	5.929

Züricher Börse vom 22. Januar. (Amtlich.) Neuyork 5,18⅝, London 24,84, Paris 28,10, Wien 73,25, Prag 15,56, Italien 21,43¾, Belgien 26,30, Holland 209,25, Berlin 125¾.

Die Bank Polski zahlte heute für 1 Goldmark 1,22 Zl., 1 Dollar, große Scheine 5,16½ Zl., kleine Scheine 5,16 Zl., 1 Pfund Sterling 24,56 Zl., 100 franz. Franken 27,74 Zl., 100 Schweizer Franken 98,00 Zl.

Aktienmarkt.

Kurse der Posener Effektenbörse vom 22. Januar. Kurs für 1000 Mk. nom. in Zl. Wertpapiere und Obligationen: 6proz. Getreidebrief 5,00. 8proz. Dollar-Br. der Pozn. Ziem. Kredyt. 2,40. — Bankaktien: Bank Poznański 1.—3. Em. 0,45. Bank Przemysłowców 1.—2. Em. 3,00. Bank Zw. Spół. Zarobk. 1. bis 11. Em. 8,00. Polski Bank Handl., Poznań, 1.—9. Em. 1,80—2,00. — Industrieaktien: Arkona 1.—5. Em. 1,50. H. Cegielski 1. bis 9. Em. 0,80. Galwana, Bydgoszcz, 1.—3. Em. 0,55. Hurt. Spółek Spożywców 1.—3. Em. 0,75. Herzfeld-Viktorius 1.—3. Em. 6,00. Iskra 1.—4. Em. 0,75. Lakoma 1.—3. Em. 2,00. Luban, Fabryka przetw. ziemn. 1.—4. Em. 90,00. Dr. Roman May 1.—5. Em. 25,00. Młyny i Tartaki Wągrow. 1.—2. Em. 12,00. Mynotwórnia 1. bis 5. Em. 0,60. Płótno 1.—3. Em. 0,25. Pozn. Spółka Drzewna 1. bis 7. Em. 1,00—1,10. Tri 1.—3. Em. 13,50. Zjedn. Browary Grodziskie 1.—4. Em. 1,50. Tendenz: beständig.

Produktenmarkt.

Danziger Getreidebörse vom 22. Januar. (Nichtamtlich.) Weizen 128—130 pfd. fest 17,75—18,25, 118—123 pfd. fest 15—17, Roggen 116 bis 118 pfd. fest 15,50—15,75, Gerste feine fest 14—15, geringe fest 12—12,90, Hafer unverändert 11,50, Erbsen kleine unverändert 10,50 bis 12,50, Viktoriaerbsen unverändert 14—18, Roggenkleie fest 9,75 bis 10, Weizenkleie fest 10—11 Gulden per 50 Kg. franko Danzig. Roggenmehl 60—65proz. Ausm. 47—49 Gulden per 100 Kg., Weizenmehl 60proz. Ausm. 52—54 Gulden per 100 Kg.

Berliner Produktenbericht vom 22. Januar. Amtliche Produktennotierungen per 1000 Kg. ab Stationen. Weizen märk. 257 bis 264, Mai 293,50—294—293,75—294,50, Tendenz behauptet, Roggen märk. 250—258, Jan. 273,50—274, Febr. 275—276,50, März 279,50 bis 280,50, April 284, mecklenburgischer 250—256, westpr. März—Mai 288—287,50—289, behauptet, Sommergerste 280—312, Winter- und Futtergerste, feinste Qualitäten über Notiz, 230—252, still, Hafer märk. 190—200, pomm. 180—190, märk. Mai 221—222, mecklenburg. 181—193, still, Mais loko Berlin 223—227, still. Weizenmehl für 100 Kg. 34,75—37,75, ruhig, Roggenmehl für 100 Kg. 34,50—37,50, ruhig, Weizenkleie für 100 Kg. 16,70, stetig, Roggenkleie 16,70, stetig, Raps 400—405, ruhig, Leinsaat für 100 Kg. 410—420, ruhig. Für 100 Kg. in Mark ab Abladestationen: Viktoriaerbsen 29—34, kleine Speiseerbsen 20—23, Futtererbsen 20—20,50, Peluschken 17,50—18, Ackerbohnen 20—21, Wicken 17—18, blaue Lupinen 13—13,50, gelbe Lupinen 16—17, Serradella neue 17,50—19, Rapskuchen 19, Leinkuchen 26—26,20, Trockenschnitzel prompt 9,90—10, Torfmelasse 9,80 bis 10, Kartoffelflocken 20,70—20,90.

Materialienmarkt.

Wolle. Posen, 21. Januar. Kauf: 1. Gatt. dicke, engl. 310,00, 2. Gatt. dünn, gem. 330,00, 3. Gatt. dünn, rein 350,00. — Verkauf: 1. Gatt. 330,00, 2. Gatt. 350,00, 3. Gatt. 370,00. — Bei einheitlicher Waggonabnahme 390,00. — Tendenz fest, größere Nachfrage.

Leder und Gerbstoffe. Lublin, 20. Januar. Der bisherige unerhörte Stillstand auf dem Ledermarkte scheint seinem Ende zu nahen. Preise sind unverändert, doch ist baldige Erhöhung in Aussicht.

Öle und Fette. Wilna, 20. Januar. Leinöl 1,50—1,60, Firnis 1,65—1,75, Leinkuchen 0,25—0,26 für 1 Kg. Steigende Tendenz infolge Preiserhöhung der Rohstoffe.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 22. Januar in Krakau — 2,44 (2,38) Zawichost 0,75 (0,78), Warschau 1,13 (1,22), Plock 1,00 (1,05), Thorn 1,10 (1,19), Fordon 1,23 (1,27), Culm 1,28 (1,28), Graudenz 1,34 (1,32), Kurzebrak 1,85 (1,82), Montau 1,26 (1,22), Piekel 1,30 (1,25), Dirschau 1,16 (1,10), Einlage 2,48 (2,60), Schiewenhorst — (2,78) Meter. Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.

Vom Stottern und seinem Wesen.

Nach eigenen Erfahrungen und Studien.

Von Georg Naeckel, Berlin-Wilmersdorf.

Genaue Erläuterungen über das Wesen des in allen Schichten der Bevölkerung verbreiteten Stotterübels dürfen, so sehr das zu bedauern ist, auf vielseitiges Interesse rechnen. Zwar ist die als Stottern bekannte Sprachstörung so alt wie das Menschengeschlecht, schon die Bibel berichtet davon; doch ist das Stotterübel in den letzten Jahrzehnten in ganz bedeutendem Zunehmen begriffen. Deutschland allein zählt über ¾ Million Stotternde! In England, Rußland und Polen ist der Prozentsatz sogar noch höher, dagegen haben die Südstaaten im Verhältnis weniger Stotterer aufzuweisen. Die Statistik beweist, daß die Zahl Stotternder nie zurückgegangen, sondern immer im Steigen begriffen ist. Allein die Schulstatistik weist mit jedem Jahre höhere Zahlen stotternder Kinder auf! Das gibt unbedingt zu denken. Ist die Sprache doch dasjenige wichtige Organ des Menschen, welches Wissen und Können in Worte umsetzt und mit treffender Gebärde zum Ausdruck bringt. Wenn aber dieser Apparat des Sprechens gestört ist, dann ist auch der bestbegabte Mensch wirtschaftlich wie gesellschaftlich aufs schwerste gehemmt. Alle Stotterer sind, von einigen Ausnahmen abgesehen, geistig hochentwickelte Naturen. Wir haben schon alle einmal einen Stotterer beobachtet und gesehen, wie er sich oft quälen muß, um auch nur ein Wort herauszubekommen. Der Normalsprechende kann sich wirklich keinen Begriff davon machen, wie unendlich schwer der mit dem Stotterübel unschuldig Behaftete unter seiner Sprachstörung seelisch wie körperlich zu leiden hat.

Stottern ist absolut keine komische Angewohnheit, wie größtenteils angenommen wird! Im Publikum herrscht völlige Unkenntnis über das Wesen des Stotterns. Wie wäre es sonst möglich, daß man einen Stotterer belachen und verspotten könnte, ja sogar stotternde Kinder wegen ihres Nichtsprechenkönnens gestraft werden? Man sollte auch bedenken, daß viele Kriegsteilnehmer als schwere Stotterer ins Privatleben zurückgekehrt sind. Bemitleidet will der Stotterer nicht werden, wohl aber verlangt er mehr wohlwollendes Verständnis seitens seiner Mitmenschen.

Das Stotterübel tritt gewöhnlich im 3.—4. Lebensjahre auf, zu einer Zeit also, wo das Kind zwischen Angehörigen und Fremden Unterschiede zu machen beginnt. Mit dem Eintritt in die Schule erfährt das Leiden eine beträchtliche Steigerung, um bei Gewöhnung an die fremde Umgebung wieder etwas nachzulassen. Eine weitere Steigerung des Stotterns macht sich noch dann bemerkbar, sobald die mit dem Übel Behafteten ins freie Leben treten, einen Beruf ergreifen oder sonstwie auf den wechselnden Verkehr mit fremden Leuten angewiesen sind. Die letzte große Steigerung tritt endlich dann ein, wenn die Stotterer durch den jahrelangen Kampf gegen das Übel, durch das fortwährende Stotternmüssen, durch die ewigen Nervenerregungen usw. schließlich schwer nervös werden.

Die nervösen Anlagen zum Stottern (nicht das Stottern selbst) werden zumeist vererbt. Hervorgerufen wird das Stottern dann durch: Schreck, Fall, Nachahmungen, Keuchhusten, Gemütserschütterungen usw. Das Stottern tritt in verschiedenen Formen auf, und zwar als sekundäre, wie primäre Erscheinung, ferner als latentes und manifestes Stottern. Als typisches Stottern aber pflegt gemeinhin nur das manifeste Stottern zu gelten, während das latente Stottern, das im äußersten Paroxismus nur als „Anstoßen“ bezeichnet wird, häufig übersehen zu werden pflegt. Aus dem innersten Wesen des unbewußten Gefühlslebens heraus entspringt der dämonische Zwang des Stotterns. Stottern beruht lediglich auf intrapsychischen Spannungen und deren Begleiterscheinungen: Hemmungen der oberbewußten Tätigkeit zum Unbewußten! Ein Sprachleiden als solches ist Stottern niemals, d. h. der Stotterer hat vollkommen normale Sprachorgane! Jeder, auch der schwerste Stotterer kann, wenn er allein ist, oder sich unbeobachtet fühlt, ganz fließend, ohne jeglichen Anstoß sprechen, ja stundenlange Reden halten! Soll der Stotterer im gegebenen Moment aber etwas Bestimmtes sagen, dann versagt gegen den Willen des Betreffenden der gesamte Sprech- und Denkapparat. Die Ursachen des eigenartigen Auftretens des Stotterns sind in den aus den Gefühls-Empfindungszentren (Magengrube) aufsteigenden Affekterregungen zu suchen. Diese unbewußten Stotterempfindungen stehen in so feinem Zusammenhange zu der Sprache des Stotternden, daß letzterer schon lange vor dem Sprechen fühlt (nicht denkt), ob er gut oder schlecht sprechen wird.

Folgeerscheinungen der eben genannten Ursachen sind: Unlogisches Denken, Aussetzen des Atems, sowie die von den Stotterern so gefürchteten Sprechmuskelspannungen. Vor und während des Sprechens tritt bei den Stotterern in der Gegend der Magengrube eine stark deprimierende Unruhe auf, die wiederum eine gewisse sog. Sprechfurcht auslöst. Diese Unruhe- und Furchtzustände verfolgen den Stotterer auf Schritt und Tritt, es steigert sich in vielen Fällen bis zur Verzweiflung. Der Fremde ist für die Stotternden der Kritiker, deren Blick sie fürchten, der sie beobachtet, bemitleidet oder verurteilt. Bezeichnend für das Innenleben des Stotterers sind auch die öfter auftretenden Hemmungs- und Fallträume. Der Stotterer hält sich, trotz seiner sprachhemmenden Stotterempfindungen in der Idee nicht etwa für einen Menschen, der nicht sprechen kann, im Gegenteil; jeder Stotterer ist sich genau bewußt, daß seine Sprachorgane normal sind. Was der Stotternde aber nicht weiß, das sind: das Wesen und Zustandekommen seiner Sprachstörung und: wie der Normalsprechende sprachlich fühlt und empfindet. Gegen auftretende Stotterempfindungen ist der Leidende einfach machtlos, trotz seines Gegenwirkens mittels Suggestion oder einer eingeübten Sprechmethode. An seinen innersten Wurzeln muß das Stotterübel erfaßt und beseitigt werden. Dazu benötigt der Stotterleidende in erster Linie mehr Verständnis und Entgegenkommen seiner Umgebung. Es ist ein großes Unrecht, wenn man die Stotterer für geistig minderwertig hält, sie belacht und verspottet. Ferner ist es ungerecht, die Stotterer für energielos und willensschwach zu halten und ihnen diesen Mangel stets zum Vorwurfe zu machen. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Der Stotterer wendet eine enorme Energie auf, um gegen auftretende Stottergefühle anzukämpfen, um sich auf keinen Fall zu blamieren. Stotternde Kinder müssen zunächst mit großer Güte und Nachsicht behandelt werden. Außerdem sollten alle Eltern ihren Kindern in betreff guter und deutlicher Aussprache ein Vorbild sein. Denn, ist das Stottern erst einmal perfekt ausgebildet, kostet es immerhin etwas Mühe, es ganz zu beseitigen. Eine richtige fach- und sachgemäße Behandlung ist dann unbedingt notwendig. Mechanische Sprach- und Atmungsübungen dagegen verschlimmern nur das Stottern, ebenso Hypnose und Psychoanalyse! Der Bann des Nichtsprechenkönnens muß durch die freie Sprachempfindung gebrochen werden. Dieses wird zunächst insofern erreicht, daß die Umgebung, den Stotterer besser verstehen möchte und ihn als durchaus vollwertiges Mitglied der Gesellschaft betrachte. Der Zweck dieser Abhandlung wäre damit erreicht.

Wohlwollendes, freundliches Verständnis, das wir dem Stotterer entgegenbringen, wird dieser als eine Wohltat empfinden und sich sprachlich freier fühlen, zum Glücke seiner selbst wie seiner Umgebung.

Bankrott standen. Bosel mußte sie kaufen, weil er schon früher größere Summen dem Unternehmen zur Verfügung stellte. So ist die Wiener sozialistische Arbeiterschaft durch eine faule Parteiwirtschaft um ihren langjährigen Besitz gekommen, auf den sie nicht weniger stolz war als auf ihre Arbeiterkonsumvereine.

Aus anderen Ländern.

Neue Massenverhaftungen von Kommunisten in Litauen.

OE. **Kowno**, 22. Januar. Die politische Polizei hat neuerdings wieder auf der Suche nach kommunistischen Agitatoren Haussuchungen in fast allen Städten Litauens veranstaltet. Insbesondere wurde das sozialistische Studentenheim in Kowno und das Realgymnasium in Mariampol genau durchsucht. Man fand viel Handgranaten, Sprengstoffe, kommunistische Literatur und Exemplare der verbotenen kommunistischen Soldatenzeitung. Bei einem Oberlehrer des Realgymnasiums, der verhaftet wurde, fand man Briefe der Kommunisten und Instruktionen der Zentrale der Kommunistischen Partei. Es wurden 15 kommunistische Führer festgenommen. Die Angelegenheit wird dem Kriegsgericht übergeben werden.

Albanien Republik.

Die albanische Nationalversammlung in Tirana hat die Republik proklamiert.

Primo de Rivera

erklärte, daß das spanische Direktorium mindestens noch weitere 15 Monate brauche, bevor es die Macht an einen Nachfolger abgeben könne.

Zur Frage der Anmeldung von Sparkassenguthaben, Kriegsanleihen 2c.

Zu dem gestrigen Artikel unter diesem Titel wird uns mitgeteilt, daß der fragliche Artikel nicht von der zuständigen Stelle in der Sparkasse herrührte. Interessenten erhatlen direkt in der Sparkasse über diese Fragen Auskunft. — Wir unsererseits haben durch den Abdruck des Artikels die Richtigkeit der Angaben bestätigt bis auf den Passus über die Kriegsanleihen, eine Frage, die zurzeit noch nicht geklärt ist.

Rundschau des Staatsbürgers.

Die Auszahlung der Lehrergehälter in Posen und Pommerellen

geschieht in der Weise, daß ein Vertrauensmann bestimmt wird, der das Gehalt für einen bestimmten Kreis von Lehrpersonen an der Kasse in Empfang nimmt und an bestimmtem Ort, zu bestimmter Zeit, die Gehälter an seine Amtsgenossen weitergibt. Dadurch soll den Landlehrern die beschwerliche Reise zur Kreisstadt erspart werden. Neuerdings aber machen sich in Lehrerkreisen unwillige Stimmen gegen einige jüngere Vertrauensmänner bemerkbar, denen vorgeworfen wird, entweder zu spät oder überhaupt nicht zu den festgesetzten Auszahlungszeitpunkten zu erscheinen. Es wird nun der Wunsch laut, angesichts solcher Umstände die früher geübte Postzustellung wieder einzuführen.

Hohe Strafen wegen Steuerhinterziehung.

Vor dem Bezirksgericht in Posen hatten sich die Inhaber der Textilwarenfirma „Wygoda", die Brüder Joska und Szmul Leder wegen falscher Angabe der umsatzsteuerpflichtigen Beträge zu verantworten und wurden nach durchgeführter Verhandlung zur Zahlung des zehnfachen Betrages der entzogenen Steuer, d. i. von 120 000 zł. der Angeklagte Joska Leder überdies zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Zur Liquidierung bestimmt

sind laut „Monitor Polski" Nr. 13 die Rentenansiedlungen: Waldowo, Kr. Schwetz, Besitzer Friedrich Trentelmann; Semlinek, Kr. Stargard, Besitzer Franz Storm; Murczynek 13, Kr. Znin, Besitzer Johann Rüse.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 23. Januar.

Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Sitzung der Bromberger Stadtverordnetenversammlung begann mit der Einführung der durch den Wojewoden bestätigten unbesoldeten Stadträte Dr. Edward Soboczyński, Paweł Dzionara und Jan Goralewski.

Die weitere Tagesordnung enthielt u. a. den Magistratsantrag auf Erhebung eines Kommunalzuschlags zur staatlichen Gewerbesteuer für das Jahr 1925 und eines solchen zu der Staatseinkommensteuer für das Jahr 1924. Der Antrag fand Annahme. Sodann wurde eine Reihe von Haushaltsplänen der Stadt Bromberg für das Jahr 1925, die sämtlich fast ohne Änderungen nach den Beschlüssen der entsprechenden Kommissionen verabschiedet wurden angenommen. In der geheimen Sitzung wurde trotz des Widerspruchs der Deutschen Fraktion beschlossen, das Grundstück der Aktiengesellschaft der Evangelischen Gemeinschaft in Preußen (Bachmannstraße — Libelta — Nr. 8), zu dem vom Liquidationskomitee festgesetzten Preise zu erwerben. (Wie wir hören, ist gegen die Liquidierung des Grundstückes bei den zuständigen Stellen Protest eingelegt worden, da die Gründung der Gesellschaft vorwiegend mit amerikanischem Kapital erfolgt ist. Die Red.)

§ **Zur Versteuerung der Miet- und Pachtverträge**, die, woran schon erinnert wurde, bis zum 31. Januar erfolgen muß, geben die zuständigen Finanzbehörden folgendes bekannt: Gemäß den im ehem. preuß. Teilgebiet geltenden gesetzlichen Bestimmungen unterliegen sowohl mündliche als auch schriftliche Pacht- und Mietverträge einer Stempelsteuer, die für das Jahr 1925 im Laufe des Monats Januar 1925 zu entrichten ist. Die Pflicht der Bezahlung der Stempelsteuer ruht auf den vermietenden Personen, welche gegen Zahlung von 10 Groschen in den Akzisenverwaltungen ein entsprechendes Formular zur Deklaration erhalten können und denen daselbst auf Wunsch auch gesagt wird, wie sie das Formular auszufüllen haben. Dieses Formular ist nach seiner Ausfüllung im Laufe des Monats Januar bei der zuständigen Akzisenverwaltung zur Abstempelung vorzulegen. Keine Privatperson ist berechtigt, die Abstempelung selbst vorzunehmen. In den Städten ruht obige Pflicht vor allen Dingen auf den Hausbesitzern bezüglich ihrer Mieter, sowie auch auf denjenigen Mietern, welche Untermieter haben, und zwar handelt es sich hier sowohl um Wohnräume als auch um Räumlichkeiten, die zu gewerblichen, Handels-, industriellen usw. Zwecken vermietet wurden. Auf den Dörfern kommen in Betracht Personen wie auch Gemeinden, die Ackerland, Weiden, Jagden usw. vermieten. Die Steuerbehörden werden mit Hilfe der Gemeinde-, Kommunal- und Polizeibehörden eine genaue Kontrolle in dieser Hinsicht unternehmen und es wird jede Person, die in der Bezahlung der Steuer im obigen Termin in Rückstand geblieben ist, unweigerlich einer Strafe unterzogen.

§ **Hundesteuer.** Im heutigen Inseratenteil ist eine Bekanntmachung des Magistrats über die Hundesteuer veröffentlicht. Der Magistrat bittet uns, darauf hinzuweisen, daß die Hundebesitzer im eigenen Interesse, zur Vermeidung hoher Strafen innerhalb 14 Tagen im Miejski Urząd Podatkowy (Städtischen Steueramt) alle in ihrem Besitz befindlichen Hunde zur Versteuerung anzumelden haben.

§ **Festgenommen** wurden gestern zwei Diebe.

*

Vereine, Veranstaltungen 2c.

Stadttheater. Heute, Freitag, 8 Uhr: Großer Opern- und Liederabend der ehem. Primadonna der Wiener und Berliner Oper Hedwig Dębicka-Valcrociata — eine der bedeutendsten Koloratursängerinnen der Gegenwart. — Programm: Mozart — Caccini — Fimarosa — Paisiello — Bellini — Moszkowski — Paderewski — Kamieński — Strauß, J. — Am Bechsteinflügel (Firma Sommerfeld) der Direktor der Posener Oper P. Stermicz-Valcrociata (früher 1. Kapellmeister an der Wiener Volksoper). — Beginn 8 Uhr. — Theaterkasse 10—1 und 5—8. Tel. 1138. Preise 1,00—6,50. (1522

Große Kirmes mit Tanz bis in die Morgenstunden — im „Maxim" morgen, Sonnabend, den 24. Januar. — Allerlei Belustigungen: Sacklaufen — Topfschlagen — Würfeln um Prämien — Verlosung eines Ferkels, Ziegenbocks und Foxterriers — Tambola — Glücks- und Würfelbuden — Jahrmarktsmusik. — Auf der Kirmes: Volks- und moderne Tänze. — Sensation der Kirmes: Pat und Patachon — Lebend!!! — Jeder 100. Kirmesbesucher erhält an der Kasse bis 11 Uhr abends 20 Złoty in bar. — Auftreten des 40jährigen Liliputaners Jean. — Die beste Kirmestänzerin erhält eine Prämie. — Beginn 9 Uhr. Zutritt für Jedermann. — Eintritt nur 2 Złoty. (1523

Ruder-Club Frithjof. Heute 8 Uhr Tanzstunde und Clubabend. Pökelkamm und Sauerkohl. (1521

* * *

* **Inowrocław**, 19. Januar. Seinen 70. Geburtstag feierte kürzlich der weit über die Grenzen unserer engeren Heimat hinaus bekannte und als Arzt wie als Mitbürger hochgeschätzte Geh. Sanitätsrat Dr. Warschauer. Er ist bekanntlich der Begründer und Inhaber der weit bekannten hiesigen Heilanstalt, die mit dem Solbade in Verbindung steht.

* **Lissa (Leszno)**, 21. Januar. Vorgestern mittags gegen 1 Uhr durchfuhr der Wagen des Landwirts Zimmerling aus Pomykowo unser Nachbarstädtchen Rydzyna. Der Angestellte einer dortigen Getreidefirma machte den Wagenführer darauf aufmerksam, daß vom Wagen eine Flüssigkeit auslaufe und half die Krucken, welche Maschinenbenzin enthielten, wieder aufrichten. Der junge Mann brannte ein Streichholz an, um sich von der Brennfähigkeit der Flüssigkeit zu überzeugen. Die Flüssigkeit brannte großartig, leckte am Boden dem weiterfahrenden Wagen nach und setzte diesen in Brand. Glücklicherweise gelang es, die beiden Pferde noch zu retten, während der Wagen und die darauf befindlichen Waren ein Raub der Flammen wurden.

* **Lissa**, 21. Januar. Am 7. d. M. wurde im Walde von Smolno ein Mann tot aufgefunden. Dieser ist nunmehr als der 54 Jahre alte Wojciech Siebinski ermittelt worden. Als Todesursache hat sich Alkoholvergiftung ergeben.

* **Posen (Poznań)**, 22. Januar. Im Mai v. J. kaufte ein Herr bei einem hiesigen Kleinhändler fünf Eier, für die er 840 000 M., d. h. 168 000 M. für das Stück, zahlen mußte, während der Marktpreis damals 130 000 M. war. Der Herr forschte weiter nach, und als er völlige Gewißheit hatte, daß er übers Ohr gehauen worden war, ging er noch einmal zu dem Händler und fragte ihn, ob er sich nicht geirrt habe. Die Antwort lautete in unhöflichem Tone: „Ausgeschlossen!" Nun stellte der Herr Strafantrag. Die Folge war, daß der Händler einen Strafbefehl über 150 zł erhielt. Der Händler erhob Widerspruch. Am 16. d. M. wurde der Fall vor dem Friedensgericht verhandelt mit dem Ergebnis, daß, wie der „Kurjer" berichtet, der Strafbefehl bestätigt wurde; außerdem muß der Händler den damals zu viel erhobenen Betrag an den Staat zahlen. Das Urteil wird während vierzehn Tagen im Laden des Händlers angeschlagen.

*

Aus Kongreßpolen und Galizien.

♂ **Warschau (Warszawa)**, 22. Januar. Das amerikanische Konsulat in Warschau ist hinter eine große Paßfälscheraffäre gekommen. Mit Hilfe von hiesigen Kurieren wurden Dokumente, die zur Auswanderung nach Amerika berechtigten, nicht den Adressaten, sondern Betrügern zugestellt, die diese Dokumente an Unberechtigte weiterverkauften. Es sollen Hunderte solcher Dokumente in falsche Hände gekommen sein. Das Konsulat hat die Polizeibehörden von diesen Vorfällen benachrichtigt. — Man soll bereits auf die Spur der Fälscherbande gekommen sein.

*

Aus der Freistadt Danzig.

* **Danzig**, 21. Januar. Das Flettnersche Rotorschiff „Buckau" wird ungefähr am 24. Januar mit 860 Tonnen Gießereikoks für die Danziger Werft in Danzig eintreffen. Von hier aus geht das Schiff mit einer Ladung Holz nach Grangemouth. — Auf dem Wege von Mielenz nach Schönau wurde am Montag abend die 23jährige Tochter des Schmiedes Wohlfarth aus Mielenz mit zertrümmertem Schädel tot aufgefunden. Sie ist anscheinend mit einem Knüppel erschlagen worden. Von dem Täter fehlt bis jetzt jede Spur.

* **Danzig**, 22. Januar. Am Dienstag nachm. ist der Arbeiter Rudolf Rinkau aus Königsdorf unter dem dringenden Verdacht des Mordes an der Tochter Emma des Schmiedemeisters Wohlfahrt in Mielenz festgenommen worden. Die Ermordete war am fraglichen Tage zwischen 5 und 6 Uhr abends auf dem Rückwege von einem Besuche bei ihrem in Schönau wohnhaften Bruder befindlich, als sie dem Wüstling zum Opfer fiel, denn der Befund der Leiche weist auf einen Lustmord hin. Der Mörder kann angesichts des erdrückenden Beweismaterials bereits als überführt gelten.

Briefkasten der Redaktion.

M. M. in N. Aus Ihrem Schreiben ist nicht recht ersichtlich, ob die Hypothek auf Grund Ihrer löschungsfähigen Quittung gelöscht worden ist oder nicht. Ist sie gelöscht, dann haben Sie doch indirekt damit erklärt, daß Sie befriedigt sind. Klagen auf Nachzahlung bis zur Höhe des Aufwertungsbetrages hätte nur einen Zweck, wenn Sie den dokumentarischen Beweis dafür erbringen können, daß Sie ein solches Abkommen mit dem Schuldner getroffen haben.

„Bromberg". 1. Ja. 2. 2,60 Złoty. 3. Ihre Angabe ist in diesem Punkte unklar. 4. 24 Prozent sind „gesetzliche Zinsen", d. h. Verzugszinsen. 5. Ja. 6. Ja. 7. Nein. 9. Aus Ihren Zeitangaben müßte man entnehmen, daß Sie es nicht sind. Der Paß spricht aber für das Gegenteil.

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke (beurlaubt); verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 11.

Kirchenzettel.

* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.
Fr.-T. = Freitaufen.

Sonntag, d. 25. Jan. 1925. (3. n. Epiphan.).

Bromberg. Paulskirche. Vorm. 10 Uhr: Sup. Aßmann*. 1/2 12: Kindergottesdienst im Gemeindehause. Nachm. 3 Uhr: Nachmittagsgottesdienst im Gemeindehause, Sup. Aßmann. 5 Uhr: weibl. Jugendpflege im Gemeindehause. Donnerstag, abds. 8 Uhr: Bibelstunde im Gemeindehause, Sup. Aßmann.

Ev. Pfarrkirche. Vrm. 10 Uhr: Pfarrer Heseliel. 11 1/4 Uhr: Fr.-T. 12 Uhr: Kindergottesdienst. Dienstag, abds. 7 1/2 Uhr: Blaukreuzversammlung i. Konfirmandensaale.

Christuskirche. Vrm. 10 Uhr: Pf. Wurmbach. Fr.-T. 1/2 12 Uhr: Kdr.-Gottesdienst i. Gemeindehause. Nachm. 3 Uhr: Gottesdienst in Jagdschütz.

Ev.-luth. Kirche, Posenerstraße 13. Vorm. 9 1/2 Uhr: Beichte. 10 Uhr: Predigtgottesdst.* Nachm. 3 Uhr: Cristenlehre. Freitag, abds. 7 1/2 Uhr: Gottesdienst, Pfarrer Paulig.

Ev. Gemeinsch., Libelta (Bachmannst.) 8. Vorm. 9 1/2 Uhr: Gebetsandacht. 11 Uhr: Sonntagsschule. Nachm. 4 Uhr: Gottesdienst, Pred. Harriefeld. 5 1/2 Uhr: Jugendbund. Dienstag, abds. 7 1/2 Uhr: Gemischt. Chor. Freitag, abds. 7 1/2 Uhr: Bibelbesprechung.

Christl. Gemeinschaft, Marcinkowskiego (Fischerstraße) 8 b. Nachm. 2: Sonntagsschule. Nachm. 1/2 4 Uhr: Jugendbund. 5 Uhr: Evangelisationsvortrag. Dienstag, abds. 8 Uhr: Jugendbundwerbeabend m. Deklamatorium. Mittwoch, abds. 8 Uhr: Bibelstunde.

Baptisten-Gemeinde, Pomorska 26. Vorm. 9 1/2 Uhr: Gottesdienst, Pred. Becker. 11 Uhr: Sonntagsschule. Nachm. 4 Uhr: Gottesdienst, Pred. Becker. 5 1/2 Uhr: Jugendverein. Donnerstag, abds 7 Uhr: Betstunde.

Schleusenau. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst, danach Kinder-Gottesdienst. Donnerstag, abds. 7 Uhr: Bibelstunde, Blumwe's Kinderheim.

Schröttersdorf. Vrm. 10 Uhr: Gottesdienst, danach Kindergottesdienst.

Wtelno. Vorm. 10 Uhr: Gottesdst. Freitag, abds. 6: Missionsstunde.

Nakel. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst* in Birken. Nachm. 5 Uhr: Gottesdienst in Nakel. Mittwoch abds. 6 Uhr: Bibelstunde. Freitag, abds. 7 Uhr: Jungmädchenverein.

Osielsk. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst.

Weichselhorst. Nachm. 3 Uhr: Gottesdienst.

Offene Stellen

Wir suchen zum sofort. Antritt verh., evgl.

Förster

mit guter Vorbildung f. Dauerwald-Betrieb u. Erfahrung in hoher und niederer Jagd. Dienstland-Wirtschaft ist zu übernehmen. Off. m. begl. Zeugnisabschr., ausführlichem Lebenslauf und Gehaltsanspr. sind umgehend an die Unterzeichnete einzureichen. Nichtbeantwortung innerhalb 10 Tagen gilt als Absage. Vorstellung nur nach Aufforderung. 1408

Gräfl. v. Alvensleben-Schönbornsche Oberförsterei Ostromecko Pomorze (Post u. Bahn).

Ges. v. sogleich oder 1. 4. 25 ledig., deutsch.

Rechnungsführer.

Poln. Sprache bevorz. Meld. m. Lebenslauf, Zeugn.-Abschr., Bild u. Geh.-Anspr. an 643

Rittergut Mortęgi, pow. Lubawski, Pom.

Ein an sehr strenge Tätigk. gew. **Landwirt** wird ab 1. 2. od. spät. als **alleiniger** 1510

Beamter

für 1 500 Morg. große Zuckerrübenwirtschaft gesucht. Beide Landessprach. erw. Offert. u. **P. 1510** a. d. Gst. d. Z.

Domäne Oschen
b. Gr. Krebs,
Kr. Marienwerder

sucht z. 1. 4. 25 einen tüchtigen, ordentlichen

Viehfütterer

zu 60 Stück Mastvieh und 20 Stück Kühen und Jungvieh,

mit 3 Scharwerkern,

in neue Wohnung, 2 Stub., Küche, Kamm. u. Zubeh. Bewerber müssen durch ihre Arbeitgeber empfohlen werden. 1497

Suche zum 1. April, einen zuverlässig. 1326

Kuhfütterer

der auch das Melken übernimmt.

Winter, Ciosek Przepałkowo pow. Sępólno.

Einfacher erfahr. Beamter

der selbständig disponieren kann, für 350 Mrg. gr. **Wirtschaft** (schw. Boden), zum 15. 3. resp. 1. 4. gesucht. Zeugnisabschr. u. Gehaltsf. erb. an **Frau E. Berger, Pomyje b. Pelplin.** 616

Uebersetzer (in)

deutsch-polnisch, für Büro in Posen gesucht.

Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsforderungen unter **O. 1496** an die Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten.

Gutsverwaltung Milczek p. Chodzież

sucht z. 1. 4. tüchtigen, ehrlichen, verh. 1499

Viehfütterer

mit eigenen Leuten

zu 50 Milchkühen und ca. 20 Stück Jungvieh.

Gesucht werden bis zum 1. April mehrere jüngere

Landwirtssöhne

deutsch und polnisch sprechend, für größere Güter Kujawiens. Off.

Inowrocław, Postfach 37. 1513

Gesucht zum 1. 4. 1925

Schäfer

m. Schäferknecht, Herde zirka 350 Mutterschafe (Merino) u. Nachzucht,

Schweizer

gute Herde von ca. 40 Milchkühen u. Nachz.

Gutsverwaltung Zakrzewo, pcz. Mełno, pow. Grudziądz. 1505

Suche von sofort od. später einen 1514

jungen Mann

aus achtbarer Familie, der Lust hat, das **Molkereifach** zu erlernen. **Scheffler,** Molkereiverwalter, **Korakowo, Puck.**

Lehrling

der polnisch. u. deutsch. Sprache mächtig, verl.

Arthur Bahr,
Kolonialwarengeschäft und Restauration.
Wilczak, Nakielska 7. 621

Lehrling

stellt von sogleich ein **Gutzmann, Schmiedemeister, Buczek, poczta Laskowice, powiat Swiecki n. W.** 1421

Besitzerssöhne

achtbarer Eltern, die Lust hab. das Schneid.-Handwerk zu erlernen, können sich melden. Schneiderm. **A. Kupich, Długa 44.** 901

Stenotypistin

deutsch u. polnisch, die auch mit sämtl. Büroarbeiten vertraut ist, kann sof. eintreten. 557

„Grafisto", ulica Gdańska 157, 5—6 nachm.

Suche v. sofort eine tüchtige, gewandte 623

Verkäuferin.

Ernst Dürr, Wurstwaren-Fabrik, Bydg., Grunwaldzka 5.

Suche zum 1. 2. 25

Wirtschaftsfräul.

oder **Wirtin** für mein. Gutshaushalt. Dieselbe muß firm im Kochen, Backen, Einwecken u. Geflügelzucht sein.

Ferner zum 1. 4. 25 od. früher umf. älteren

Gärtner u. Diener.

Zeugnisabschriften nebst Gehaltsforderung sind zu senden an **Fürnrohr, Winiary, Gniezno.** 1516

Frl. könn. in 14-tägig. Kurs. die **Glanzplätterei** grdl. erlern. Std. könn. selbst gewählt werden. **Sniadeckich 15/16, II,** Vorderhaus. 624

Suche zum sofortigen Antritt **ev. einfache** 1462

Jungfer

welche glanzplätten u. nähen kann, auch etw. Hausarb. übernimmt. **Freifr. v. Ketelhodt, Sośno, Kreis Sępólno.**

Aelt., erfahren. **Fräulein,** welche das Koch. mitübernehmen muß, von sofort ges. **Kock, Danzigerstr. 56.** 1391

Ehrl. Mädchen

mit guten Zeugn. und **Köchin** gesucht. 632 **Sw. Trójcy 22a, II, r.**

Stellengesuche

Brennerei-Verwalter

40 Jahre alt, tüchtiger Fachmann, m. Führung der elektrischen Anlage gut vertraut, sowie Trocknerei u. Molkerei, Reparaturen u. Umbau führe selber aus, gute Zeugnisse stehen zur Seite, letzte Stelle 13 J., sucht v. 1. 7. Stellung. Meldung nimmt entgegen **Józef Piszczek, Dźwierzno, pow. Toruń Pomorze.** 1465

Jg. Mann

umsichtig u. energ., in Buchf. bewand., sucht sofort oder später **Stellung.** Gefl. Off. unter **W. 628** an die Geschst. d. Ztg. erbeten.

Junger **Müllergeselle**

sucht von sofort oder 1. Februar Stellung. Offert. u. **K. 1466** an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Kinderlos. Ehep. sucht

Portierstelle.

Offerten erbittet 62 **Tykwinski, Gdańska 22.**

Suche Stellung als

Kutscher.

Josef Malkowski, Wtelno, pow. Bydg. 60

Jg. alleinst. Frau

m. Kenntn. d. deutsch. u. poln. Spr. u. Buchf., d. nähen u. kochen kann, sucht **irgendw. Beschäftigung.** Gefl. Offert. u. **M. 556** an d. Gst. d. Z.

Kinderfrl. sucht Stellung. Gute Zeugn. vorhand. Offerten unter **B. 627** a. d. Geschäftsst. d. Z.

Aelt. Frl. (Waise)

s. Stellg. z. 1. 2. bei ält. Hrn. od. Dame z. Führ. d. Haush. h. i. d. St. Off. b. u. **B. 631** a. d. Gst. d. Z.

Suche vom 1. Febr. Stellung als **einfache Stütze.** Habe 1 Jahr Kochen gel. Zeugn. vrh. Off. u. **C. 641** a. d. G. d. Z.